Einzelpreis 3.— Mk.

Die „Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat August 70.— M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen.

Fernsprecher Moabit 2021, Hansa 1970, 1971 und 1972.

Verlag und Exped. Berlin NW 40, Kronprinzenufer 27, I.

Dienstag, den 8. August 1922

5. Jahrg. Nummer 295

Die zwölfgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 35.— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 4.— M., jedes weitere Wort 3.— M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 16.— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 3.— M., jedes weitere Wort 2.— M.

Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192. Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, III.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Arbeitsprogramm der Londoner Konferenz

Die erste Beratung in London — Eine neue Konferenz? — Erklärung Dr. Wirth's

(EE.) **Paris**, 7. August. Der Londoner Korrespondent des „Intransigeant" erfährt, daß die Konferenz folgende vier Fragen erörtern werde:

1. Kurzes Moratorium für Deutschland.
2. Revision der Garantiemaßnahmen, die von Deutschland zu fordern sind.
3. Feststellung der Kontrollmaßnahmen.
4. Zahlungen für das Ausgleichsverfahren.

Die erste Sitzung

(EE.) **London**, 7. August. Die erste Besprechung in London dauerte von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr 15 Minuten nachmittags. Sämtliche Delegierte waren anwesend, darunter auch der japanische Botschafter Baron Hayashi. Dagegen fehlte der amerikanische Botschafter Harvey, der auch keinen Vertreter entsandt hatte. Irgendwelche bestimmte Mitteilungen über den Verlauf der Vormittagssitzung lassen sich nicht machen, da die Delegierten strengstes Stillschweigen zu wahren beschlossen haben. Nach der Abendsitzung, die um 4.30 Uhr begann, soll ein offizielles Kommuniqué ausgegeben werden.

Die bereits gemeldete Konferenz zwischen Theunis und Jaspar mit Poincaré vor Eröffnung der Konferenz dauerte drei Viertel Stunden und drehte sich um die Frage der Ausgleichszahlungen und des Moratoriums.

In politischen Kreisen ist es aufgefallen, daß an der heutigen Sitzung Lord Curzon nicht teilgenommen hat, dagegen der Kriegsminister Worthington Evans, jedoch nicht in dieser Eigenschaft, sondern als Finanzsachverständiger. Wie der Korrespondent der „Ost-Europe" erfährt, hat Poincaré in der Sitzung seinen Finanzplan ausführlich dargelegt. Nachdem er geendet hatte, begann eine sehr lebhafte Debatte, die in der Abendsitzung fortgesetzt wurde. Lloyd George wartete ab, bis Poincaré die Vormittagssitzung verlassen hatte, und unterhielt sich sodann etwa zwanzig Minuten lang noch mit den englischen Finanzsachverständigen, die Poincarés Plan überprüften. Lloyd George benutzte dann die Nachmittagssitzung, um seine Einwendungen vorzubringen. Lebhaft unterhielt man sich über die eventuellen Absichten, die Poincaré mit seinem Plan verfolge, zumal die Frage noch nicht geklärt ist, ob der Finanzplan Poincarés auf Anregungen des Finanzministers Delasteurie, des französischen Finanzsachverständigen Sendoux oder auf Anregungen des Direktors im Auswärtigen Perretti della Rocca zurückgeht. Man erfährt, daß Poincaré sich am Freitag in Paris über den Plan, den er in London vorlegen wollte, nicht endgültig schlüssig war.

Unbedingtes Stillschweigen

(WTB.) **Paris**, 7. August. Nach dem Sonderberichterstatter der Agentur Havas in London erklärte nach der ersten, um 1 Uhr beendeten Konferenzsitzung Poincaré gegenüber Journalisten auf deren Frage, sämtliche alliierten Vertreter beabsichtigen, zum mindesten bis heute abend unbedingtes Stillschweigen über die Beratungen zu bewahren. Nach Beendigung der Nachmittagssitzung werde der amtliche Bericht herausgegeben.

Verschiebung der Hauptfragen?

(EP.) **Paris**, 7. August 1922. Der Korrespondent des „Temps" in London glaubt zu wissen, daß Poincaré heute morgen mit der Auseinandersetzung seines Planes begonnen hat. Lloyd George habe sich eingehend zugunsten der Gewährung eines Moratoriums für Deutschland ausgesprochen. Poincaré beabsichtigt, die zu behandelnden Gegenstände möglichst einzuschränken. Allem Anschein nach soll nur noch die Gewährung eines kurzfristigen Moratoriums, die Aenderung der Garantien, die Ausdehnung der Kontrollmaßnahmen und die Regelung der Ausgleichszahlungen behandelt werden. Die Abänderung des gesamten Zahlungsplanes und die Feststellung der endgültigen Reparationsschuld wäre einem später in Paris oder sonstwo einzuberufenden Obersten Rat vorzubehalten. Dieser Oberste Rat würde auch die Abänderung der Prioritäten zu beschließen haben. Die belgische Priorität würde aufrechterhalten bleiben. Die dann noch verfügbaren Reparationsgelder aus den Sachleistungen würden unmittelbar für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete verwendet werden und nicht, wie seither für die Besatzungskosten und die Ausgleichszahlungen. Dieser Oberste Rat würde, nach Aussagen eines Sachverständigen, in ungefähr 6 Monaten einberufen werden. Derselbe Sachverständige erklärte dem Korrespondenten, es sei keine Gefahr vorhanden, daß die Londoner Konferenz zu einem Bruch zwischen den Alliierten führen würde.

Auch ein belgischer Reparationsplan?

(WTB.) **Paris**, 7. August. Wie der Sonderberichterstatter des „Intransigeant" in London mitteilt, soll der belgische Ministerpräsident Theunis einen Reparationsplan mit nach London bringen, den er aber vielleicht nicht sofort mitteilen werde. Alles hänge davon ab, welche Wendung die Verhandlungen nehmen.

Erklärungen des Reichskanzlers

(WTB.) **Paris**, 7. August. Reichskanzler Dr. Wirth erklärte in einem Interview, daß er gestern dem Berliner Berichterstatter des „Newyork Herald" gewährte, wenn die Londoner Konferenz eine Enttäuschung bringe, werde Deutschland sein Arbeitszeug aus der Hand legen und den Mut verlieren. Der Zusammenbruch einer Bevölkerung von 60 Millionen Deutschen werde sich nicht über Nacht wieder gut machen lassen. Die Existenz der deutschen Republik hänge vom Ausgang der Reparationsfrage ab. Weitere Noten wie das jüngste Erzeugnis des französischen Prämierministers würden die Mark völlig vernichten. Die deutsche Antwortnote, die dem Brief Poincarés vorausging, sei in versöhnlichem Geist abgesandt worden, mit der Absicht, einen Ausgangspunkt für eine gerechte Revision des gesamten Reparationsprogramms zu schaffen. Der Kanzler betonte noch einmal, daß Deutschland in jeder Beziehung zahlungsunfähig werden müsse, wenn die Reparationsverpflichtungen nicht herabgesetzt würden und keine internationale Anleihe zustande käme. Er könne nicht sagen, schloß er, wieviel Deutschland in seiner derzeitigen ungeregelten Finanzlage zu zahlen imstande sei. Der Betrag sei heute niedriger, als er vor sechs Wochen war. Das wesentliche sei, daß Deutschland ein tatsächliches Moratorium erlange. Seine Absicht gehe nicht dahin, sich weiteren Zahlungen zu entziehen. Deutschland schlage lediglich vor, die Fragen weiterer Ausgleichszahlungen mit der Reparationsfrage zu verbinden.

(WTB.) **London**, 7. August. **Der Berliner Korrespondent der „Daily News" hatte ein Interview mit dem Reichskanzler Dr. Wirth, in dem dieser über die Frage der Ausgleichszahlungen u. a. sagte, Deutschland wünsche nicht, die Zahlungen zu umgehen; man habe nur erklärt, daß Deutschland nicht nach dem Plane vom vorigen Jahre bezahlen könne, und daß die Zahlungen auf einen längeren Zeitraum verteilt werden müßten. Außerdem könne diese minder wichtige Frage nicht von der der Reparationen getrennt behandelt werden. Die Methode der Gewaltanwendung und der Drohungen, die Frankreich bevorzuge, werde zu einer Lösung des Problems nicht führen. Noch einige Noten von Herrn Poincaré in diesem Tone und der Zusammenbruch der deutschen Währung werde vollständig sein.**

Ueber den eventuellen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund befragt, sagte Dr. Wirth: „Erst wollen wir sehen, ob wir am Leben bleiben. Solange uns das Wasser bis zum Kinn steht, und solange die Möglichkeit vorhanden ist, daß wir darin versinken, kann die Frage des Völkerbundes sehr gut bis zu einer späteren Zeit zurückgestellt werden."

Eisenbahnkatastrophe

35—40 Personen getötet, 60 verletzt.

St. Louis (Missouri), 6. August. Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Schnellzug und einem Personenzug bei Sulphur Springs wurden 60 Personen verletzt und 35 bis 40 getötet. Viele Personen erlitten durch den aus der Schnellzuglokomotive ausströmenden Dampf so schwere Verbrühungen, daß sie daran starben.

Neutrale Zone in Tschataldscha

(WTB.) **Athen**, 7. August. Die militärischen Vertreter von Griechenland, Großbritannien, Frankreich und Italien haben am Sonnabend ein Protokoll unterzeichnet, durch das eine neutrale Zone von 3¾ Meilen Breite zwischen den griechischen und den alliierten Streitkräften an der Tschataldschalinie errichtet wird.

Die Bedrohung Konstantinopels. Entgegen der Versicherung der alliierten Offiziere in Tschatschalta nehmen die Truppenzusammenziehungen an dieser Linie ihren Fortgang. Gleichzeitig vollzieht sich auch, ungeachtet des Verbotes der alliierten Oberkommissare eine Massenflucht der Bevölkerung, der jedoch nicht gestattet wird, Konstantinopel zu betreten.

Gehaltsregelung im Bergbau

(WTB.) **Essen**, 7. August. In den heutigen Verhandlungen zwischen den Vertretern des Zechenverbandes und denen der Angestelltenverbände des Ruhrbergbaues wurden folgende Vereinbarungen getroffen: Ab 1. August wird eine Zulage von 35 Prozent auf das Juligehalt gewährt. Das Kinder- und Hausstandsgeld beträgt je 500 Mark. Die Stellenzulage wird auf 1000 Mark, die Untertagezulage auf 200 Mark monatlich erhöht, das Wohnungsgeld ist entsprechend erhöht worden.

Bayern

München, 4. August.

N. Das bayerische oberste Landesgericht hat sich völlig zum gefügigen Werkzeug der bayerischen Rebellenregierung gemacht. Der Eingeweihte ist nicht überrascht; man weiß über dieses oberste Landesgericht genug, wenn man sich an die Tatsache hält, daß Pöhner, der Paßfälscher und Begünstiger von Mördern, Rat an diesem Gericht ist. Das oberste Landesgericht hat in der Angelegenheit des Verbots unserer Nürnberger Parteiblatts „Sozialdemokrat" die Beschwerde verworfen und die „Rechtsgültigkeit" der verfassungswidrigen Sonderverordnung „bestätigt". Diesen Entscheid muß man sich in Berlin merken; ihn muß man sich vergegenwärtigen, wenn die bayerische Regierung Angelegenheiten, die den Schutz der Republik betreffen, der Zuständigkeit dieses Obersten Landesgerichtes überweisen will. Das bayerische Oberste Landesgericht ist kein Gericht, dem empfindliches und zuverlässiges juristisches Gewissen eignet; es ist vielmehr ein Gericht, das sich zu jeder Rechtsbeugung bereitfinden läßt, die reaktionäre bayerische Regierungen für zweckmäßig erachten. Alle verlogenen und heuchlerischen Redensarten können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die wahren Absichten der bayerischen Regierung die Beseitigung der republikanischen Staatsform und die Zertrümmerung des Reiches sind.

Die Regierung Lerchenfeld ist das Vollzugsorgan der Bayerischen Volkspartei. In der Bayerischen Volkspartei ist die Richtung Gerstenberger-Leicht-Schirmer, die innerlich dem Zentrum zuneigt, unterlegen. Dr. Heim hat sich vollkommen durchgesetzt. Heim ist aber nicht reichstreu! Bei den verschiedensten Gelegenheiten hat er den Gedanken einer Abtrennung vom Reiche erörtert. Diese Abtrennung solle erfolgen, wenn der Norden vom Bolschewismus überflutet werde. Kürzlich hat er in einer Versammlung in Schwelm ausgeführt, daß die Republikschutzgesetzgebung ein Weg zum Bolschewismus sei. Damit deutet er an, daß bald die Bedingung erfüllt sein werde, angesichts deren Bayerns Absplitterung erfolgen müsse.

In Heims Gefolgschaft befinden sich fanatische und engstirnige katholische Geistliche, strebertsche und intrigante Regierungsräte und verführte Bauern. Ihnen ist das Reich nur eine Fessel für ihre Herrschsucht, ein Hindernis für ihre mittelalterlich-finsteren Pläne, eine Hemmung für die Entfaltung rücksichtsloser bäuerlicher Selbstsucht. Sie denken daran, daß Bulgarien, Oesterreich, die Tschechei souverän sind, obschon sie weder an Größe des Randgebietes noch an Höhe der Bevölkerungsziffer sich wesentlich von Bayern unterscheiden. Das Dasein dieser kleinen souveränen Staaten entzündet den Ehrgeiz Bayerns. Dieses souveräne Bayern stellt man sich vor als ein katholisches Königtum unter dem Exprinzling Rupprecht Wittelsbach. Allerlei Vorbereitungen zur Verwirklichung dieses Königtums sind bereits getroffen. Die Organisation „Oberland", die in Bayern sehr verbreitet ist, ist auf Rupprecht vereidigt; die Bauern werden in Kriegervereinen durch pensionierte Offiziere organisiert; die Dörfer, Schlösser und Klöster stecken voll Waffen, die im vergangenen Herbst und Frühjahr von Oberschlesien nach Bayern gebracht worden sind.

Allerdings wird Heim kaum den gegenwärtigen Zeitpunkt schon für geeignet halten, seine letzten Absichten zu verwirklichen. Er will jetzt nur ein sehr beträchtliche Stück vorstoßen. Für ihn kommt es darauf an, die Autorität des Reiches zu erschüttern, die Selbständigkeit Bayerns zu verstärken, die Weimarer Verfassung zu unterhöhlen, das Reichsgefüge zu lockern. Läßt sich das Reich durch die bayerische Halsstarrigkeit zu Verhandlungen zu verleiten, gewährt es schließlich gar noch Zugeständnisse an Bayern, dann kann niemand mehr an der Schwäche der Reichsgewalt zweifeln, dann sind die Risse im Reichsbaum offenkundig.

Es wäre verhängnisvoll, wenn man die Auflehnung Bayerns nur als eine eigensinnige Laune auffassen wollte. Bayerns Haltung entspricht einer wohldurchdachten, raffiniert berechneten Absicht. Die Bayerische Volkspartei arbeitet zähe an der Verwirklichung ihrer reichsverderblichen Ziele. Sie will eine Erneuerung der staatsrechtlichen Zustände aus der Zeit vor 1866.

Wie gefährlich ernst sie es mit ihren Plänen nimmt, ist daraus zu ersehen, daß sie die Kahrkoalition wieder erneuert hat. Ein Deutschnationaler, ein Angehöriger der Meuchelmörderpartei, ist wieder

zum Justizminister ernannt. Es ist klar, daß dieser Justizminister nichts unternimmt, was der Republik zum Schutze gereichen, was die Mörderorganisationen bedrohen könnte. Dieser deutschnationale Justizminister in Bayern ist eine geradezu unerhörte Herausforderung des Reiches.

Wir sind nicht der Meinung, daß politische Konflikte unter allen Umständen mit Gewalt ausgetragen werden müssen. Wir wollen an dem versöhnlichen Schritt des Reichspräsidenten keine Kritik üben. Wir meinen aber: bei der Behandlung der bayerischen Frage dürfen Reichspräsident, Reichsregierung und Reichstag keinen Augenblick vergessen, welch hochverräterischen Zielen die Bayerische Volkspartei zustrebt. Es ist dem Reich keine Schwäche erlaubt, die dem reichszerstörenden Trachten Bayerns irgendwie Vorschub leisten könnte. Es ist kein Zufall, daß der Vorstoß Poincarés mit der Rebellion Bayerns zusammentrifft.

Die Situation der Reichsregierung ist trotz ihrer außerpolitischen Verlegenheiten nicht ungünstig. Bayern ist isoliert. Es findet kein Land, das ihm auf seinen verderblichen Bahnen zu folgen bereit ist. Die Reichsregierung hat sich durch ihre bisherige kluge Zurückhaltung überall moralische Sympathie erworben. Jetzt kommt es darauf an, daß sie durch kraftvolles Handeln sich diese Sympathie erhält und sie ausnutzt. Kein Deutschgesinnter wird ihr die Unterstützung versagen, wenn sie mit Energie gegen ein Bayern einschreitet, das mit Hartnäckigkeit bei seinem Reichsverrat beharrt. Ein tatsächliches Zurückweichen der Reichsregierung würde der Anfang des Reichsauflösungsprozesses sein. Auch hier ist schon den Anfängen zu widerstehen. Die bayerische Regierung hat Recht: politische Dinge stehen in Frage! Es handelt sich darum, wer sich als der Stärkere erweist: das Reich oder Bayern: Wir hoffen, daß in der Machtprobe sich das Reich als der Stärkere bewähren wird.

An Stelle Lerchenfelds eine Kommission nach Berlin

ecn. **Berlin, 7. August.** Die Ankunft des bayerischen Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld in Berlin, die für spätestens heute in Aussicht gestellt war, hat sich abermals verzögert. An seiner Stelle wird zunächst eine besondere Kommission von Beauftragten nach Berlin kommen und hier die Verhandlungen einstweilen aufnehmen. Graf Lerchenfeld wird später nachkommen. An den Berliner amtlichen Stellen liegen aber Mitteilungen darüber noch nicht vor, wann die bayerische Kommission in Berlin eintreffen und aus welchen Persönlichkeiten sie zusammengesetzt sein wird.

Wie der „Sozd. Parlamentsdienst" meldet, soll der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld am Mittwoch zu Verhandlungen mit der Reichsregierung in Berlin eintreffen.

Der neue bayerische Justizminister

Der neue bayerische Justizminister, der von der deutschkatholischen Mittelpartei präsentiert wurde, ist ein noch verhältnismäßig junger Mann. Er war bisher Oberregierungsrat im Justizministerium. Für die bayerischen Verhältnisse bezeichnend ist folgende Tatsache:

Die bayerische Volkspartei weigerte sich lange Zeit, ihn zu akzeptieren. Die Weigerung rührte jedoch nicht davon her, daß ihr der Mann etwa zu unfähig oder zu unentwegt deutschnational erschienen wäre. Der Ministerkandidat hatte vielmehr den Mangel, Katholik zu sein, der eine Protestantin zur Frau und protestantische Kinder hat. Die bayerische Volkspartei konnte sich angeblich nicht entschließen, einen derart schlechten Katholiken als Justizminister hinzunehmen. Eher hätte sie sich noch mit dem Paßfälscher Pöhner abgefunden.

Kurze Frage an die bayerische Regierung

Unsere Landtagsfraktion der USP. in Bayern hat an die bayerische Regierung folgende kurze Frage gerichtet:

Das Staatspolizeiamt Nürnberg-Fürth hat das Erscheinen der Nürnberger Zeitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, den „Sozialdemokrat" für die Dauer einer Woche verboten. Das Verbot umfaßt auch die für Thüringen und Württemberg erscheinenden Blätter „Freie Presse" und „Der Sozialist".

Das Verbot stützt sich auf eine Auslassung der USP.-Korrespondenz, die in allen übrigen Reichsgebieten unbeanstandet geblieben ist. Der Zweck jener Auslassung ist:

1. dem Schutz der Republik und
2. der Erhaltung der deutschen Reichseinheit zu dienen.

Der Hinweis der staatspolizeiamtlichen Verordnung auf die §§ 21 und 8 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. August 1922 ist vollkommen verfehlt. Denn das angezogene Gesetz, das auch in Bayern rechtskräftig ist, gibt keine Handhabe, eine offenkundig reichstreue und republikanische Zeitung zu verbieten. Auf Grund dieses Gesetzes ist nur ein Einschreiten gegen Blätter möglich, die sich Reichszerstörung und Beseitigung der republikanischen Staatsform zur Aufgabe gemacht haben.

Eine Bezugnahme auf Artikel 1 und 8 der Verordnung des Gesamtministeriums des Freistaates Bayern zum Schutz der Verfassung der Republik vom 24. Juli 22 ist unerheblich, da diese Verordnung reichsverfassungswidrig und rechtsungültig ist.

Wir fragen die bayerische Staatsregierung:

1. Weiß sie, daß das Verbot des reichstreuen und republikanischen „Sozialdemokrat" als reichsfeindliche und antirepublikanische Demonstration gedeutet werden muß?
2. Ist sie bereit, den Leiter des Staatspolizeiamts von Nürnberg-Fürth, gemäß den Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. 7. 22 für seine reichsfeindliche und antirepublikanische Handlung zur Rechenschaft zu ziehen?
3. Oder gedenkt die bayerische Staatsregierung das Einschreiten des Staatspolizeiamts gegen reichstreue und republikanische Pressekundgebungen zu decken?
4. Wie will die bayerische Staatsregierung, die sich in der Regel gegen alle Eingriffe in ihre Polizeihoheit wehrt, es rechtfertigen, daß durch das Verbot der Organe für Württemberg und Thüringen in die Polizeihoheit dieser Länder eingegriffen wurde?

Um baldige schriftliche Antwort wird gebeten.

München, den 8. August.

USP.-Fraktion.

Geßler, ein großer Versager

Im „Neuen Volk" vom 5. August, das in Würzburg erscheint, setzt der Oberleutnant a. D. Kühn dem gegenwärtigen Reichswehrminister Geßler ein Denkmal. Er weist darauf hin, daß Geßler all die auf ihn gesetzten Erwartungen der republikanischen Kreise aufs ärgste getäuscht hat.

„Die militär-pädagogische Arbeit Geßlers hätte nach den Erfahrungen der Kapp-Tage nach zwei Richtungen einsetzen müssen. Zunächst rücksichtslose **Zwangspensionierung aller als Monarchisten hinreichend verdächtigen Offiziere und Ersatz derselben durch Männer, deren Erziehung in einfachen, bürgerlichen Elternhäusern schon eine Gewähr geboten hätte, daß der ekle Geist des näselnden Monokeltums, der das sicherste Erkennungszeichen byzantinischer Infektion ist, aus der Reichswehr verschwinde.** Es ist ein Schwindel ohnegleichen, wenn von irgend jemand der Regierung vorgelogen wird, es gäbe keine demokratischen Offiziere. Sie wären hundertweise zu haben, kriegserprobte tüchtige Leute mit ausgezeichneter Dienstkenntnis und vorbildlichem Pflichteifer. Was geschah aber in der Reichswehr? **Der Adel und die ehemaligen aktiven Offiziere konnten sich aller Offiziersstellen versichern, so daß heute mindestens 75 Prozent aller Reichswehroffiziere „reine Monarchisten" sind, die auch die ihnen unterstellte Mannschaft in ihrem Sinne beeinflussen. In Bayern sind von den 6 Schwadronführern fünf adelige,** ehemalige Kammerjunker, Pagen oder Kadetten. Bei der Infanterie und Artillerie ist das blaue Vollblut zwar nicht so stark vertreten. Dagegen aber nur ehemaliges Berufsoffiziersmaterial verwendet."

Das schreibt einer, der die Reichswehr aus nächster Nähe kennengelernt hat. Es entspricht vollkommen dem, was die Freiheit x-Male schrieb. Der Artikelschreiber hat Noske bereits im Jahre 1919 in einer Eingabe darauf aufmerksam gemacht, daß die eingesetzten Offiziersanstellungskommissionen in Berlin und München schärfstens überwacht werden müssen. Noske hat diese Hinweise in den Wind geschlagen. So konnte es dahin kommen, daß den republikanisch gesinnten Offizieren die Totenglocke geläutet wurde. Geßler verfährt nicht anders, als Noske. „Er will", schreibt Kühn, „sich gar nicht in Personalfragen unterrichten lassen, sondern überläßt alles einem Generalstäbler. Der Würzburgische Standortälteste, Oberstleutnant Schrott, durfte sich erlauben, Kühns Versuch, in dem von ihm gegründeten Regimentsverein **„demokratische Lehren zu verkünden, die republikanische Staatsform anzuerkennen, für die Republik einzustehen, ihr zu dienen, wenn Gewalt wider Gewalt aufstünde,"** damit beantworten, daß er die dem Vereine angehörenden **Reichswehrsoldaten vor dem Verein warnte,** „weil er in Politik mache". Hätte er „Hoch König Rupert!" gerufen, wie es Kahr in München tat, wäre es höchstwahrscheinlich keine Politik gewesen. Sarkastisch bemerkt Kühn:

„Im Ausland hält man uns nicht mit Unrecht für ein Volk von halben Narren. In Genf, Brüssel, Rom, Tokio und Friisko lacht man sich im Kaffeehaus halb tot über die Wehrmacht der deutschen Republik, **die heute jedem Soldaten mindestens jährlich Mk. 45 000 in die Rippen wirft, aber dabei zugestehen muß, daß sie sich im Ernstfalle nicht auf ihr eigenes Instrument verlassen könne."**

Kühn hat durchaus recht. Es ist kaum zu erklären, wie ein Demokrat als republikanischer Reichswehrminister den monarchistischen Allüren im Heere so willenlos die Zügel schießen lassen kann. Mit Geßlerschen Methoden schafft man kein der Republik zuverlässiges Heer, sondern macht es geradezu zu einem Instrument, das in den kritischsten Stunden nicht nur am gründlichsten versagt, sondern die Krise für die republikanische Staatsordnung noch ins grenzenlose vermehrt.

Pommersche Rückständigkeit für Bayern

Wir berichteten kürzlich von der Gründung einer „nationalen Arbeitsgemeinschaft" in Pommern, zu der u. a. die Deutschnationalen und die verbotenen Roßbachleute gehören. Um diese Arbeitsgemeinschaft handelt es sich offenbar bei der Kundgebung, die nach der „Deutschen Tageszeitung" von der „nationalen Bevölkerung der pommerschen Kreise Stolp, Lauenburg, Bütow, Rummelsburg und Schlawe" ausgeht und an Bayern gerichtet ist. In der Kundgebung heißt es u. a.:

„In der Unterdrückung vaterländischer Gesinnung und in dem Zurückweichen vor dem radikalen Terror sehen wir eine Erschütterung der sittlichen und rechtlichen Grundlagen des Staates und eine schwere Bedrohung des Reichsbestandes durch den neuen sein Haupt erhebenden Umsturz. Zur Bekämpfung des unheilvollen Verfahrens entschlossen, richtet sich unsere Abwehr durchaus nicht gegen die Republik, die zu schützen wir auch fernerhin bereit sind, sondern unser Widerstand richtet sich lediglich gegen den Bolschewismus.

Die von uns vertretenen Kreise wissen sich in dem gleichen Willen einig mit Volk und Regierung von Bayern und danken diesen für die mannhafte Vertretung vaterländischen Interesses gegen Entrechtung und Umsturz."

Die Kundgebung ist sicherlich bestellte Arbeit, worauf schon die ganze Formulierung schließen läßt. Es sind dieselben dummen Argumente, wie sie die bayerischen Konfliktreiber (siehe Heimatlandbriefe und „Berliner Lokal-Anzeiger"!) gegen das Reich gebrauchen. Gerade das aber beweist, wie gut organisiert die reaktionären Verschwörer sind und daß sich ihr verbrecherisches Treiben nicht allein auf Bayern beschränkt. — Leider verschweigt die „Deutsche Tageszeitung", welches die „nationalen Kreise" sind, die hinter der hochverräterischen Kundgebung stehen. —

Die ostpreußischen Agrarier wollen mitwirken

Die wiederholten Mitteilungen über den von den Agrariern beabsichtigten Hungerterror sind offenbar den Leuten doch höchst peinlich gewesen. Wie die Pressestelle des Oberpräsidiums von Ostpreußen mitteilt, haben die Vertreter der ostpreußischen Landwirtschaft erklärt, sie hielten es, nachdem die Vorlage über die Getreideumlage Gesetz geworden ist, durchaus für ihre Pflicht, auch an der Unterverteilung mitzuwirken. Allerdings nur in der Voraussetzung, daß die Umlage für Ostpreußen „erträglich" sei. Aber bei einer Umlage in der jetzigen Höhe sei dies aber nicht der Fall. Inzwischen haben Kommissare jene Gebiete besichtigt, in denen eine Mißernte zu befürchten ist. Sie haben in den masurischen Kreisen einen besonders ungünstigen Stand der Getreidefelder festgestellt.

Die Entscheidung „der Berliner Stellen" ist noch nicht gefallen. Wenn sie so fällt, daß die ostpreußischen Agrarier sie „erträglich" finden, werden sie „mitwirken". Sonst — ja sonst kommts eben anders. Man denke an das Gelöbnis, alles zu tun, um die Durchführung der Getreideumlage zu hintertreiben und man kann sich ein ungefähres Bild machen, wie die Agrarier die „Mitwirkung" auffassen.

Wie steht es um die Ernte?

Die agrarische Presse ist voll des Jammers über den ungünstigen Stand der Ernte. Der Zweck der Uebung ist, dem Umlagegesetz eins auszuwischen. Ganz so trostlos aber, wie die Sache dargestellt wird, ist sie nicht. Ist auch nicht mit einer Rekordernte zu rechnen, dazu war das Wetter nicht günstig genug, so steht doch eine mäßige Mittelernte in Aussicht, eine Ernte, die im großen ganzen etwas ergiebiger als die vorjährige sich erweist. Wenn 1 gleich sehr gut, 2 gleich gut, 3 gleich mittel (durchschnittlich), 4 gleich gering und 5 gleich sehr gering bedeuten, so stellt sich der Stand Anfang August für Winterweizen auf 3,4 gegen 3,3 Anfang Juli d. J. und 2,5 in der gleichen Zeit des Vorjahres, Sommerweizen auf 3,1 (3,1 bzw. 2,8), Sommerroggen auf 3,4 (3,3 bzw. 3,2), Hafer 3,4 (3,3 bzw. 3,0), Kartoffeln 2,6 (2,7 bzw. 3,3), Zuckerrüben 2,5 (2,7 bzw. 3,1).

Nun ist zwar die nach dem jetzt sichtbaren Saatenstand vorgenommene Ernteschätzung nicht absolut gleichbedeutend mit dem Ernteergebnis. Aber wenn nicht gewaltige Wetterrückschläge oder unvorherzusehende Katastrophen eintreten, dürfte man auf eine Ernte sehen, die zu dem Gestöhn der agrarischen Kreise nicht im Einklang steht.

Unverantwortliche Hetze gegen die Republik

Die englische Zeitung „Manchester Guardian" gibt zwölf Sondernummern über den Wiederaufbau in Europa heraus. Die Redaktion, die in den Händen des bekannten englischen Wirtschaftspolitikers John Maynard Keynes liegt, bietet die Gewähr dafür, daß diese weitverbreiteten Hefte wirksam für eine Revision der Friedensverträge und eine vernünftige Gestaltung der Reparationspolitik eintreten. Man sollte also meinen, daß die mitarbeitenden deutschen Fachleute auch diesen Gedanken der internationalen Verständigung in ihren Beiträgen verfolgen. Dazu gehört aber eine Darstellung der Lage Deutschlands, die sein politisches Ansehen als Republik im Auslande festigt.

Um so unverantwortlicher ist es, daß in der ersten Nummer dieser Sonderausgaben der Geschäftsinhaber der Diskonto-Gesellschaft F. Urbig, in einem Artikel über die „Durchführbarkeit der Devisenkontrolle" folgendes schreibt:

„Ob es in Deutschland gelingen würde, eine Verminderung des Konsums auf diese Weise ohne Reibungen zu erzwingen, wage ich nicht zu entscheiden, in einer Zeit, wo die Minister mehr als je von der Politik der Straße abhängig sind."

In dem Kreis von Fachleuten der ganzen Welt, die sich zusammenfinden, um gegenüber dem Nationalismus der wirtschaftlichen Einsicht zum Siege zu verhelfen, wirkt diese Aeußerung eines als Fachmann auftretenden Deutschen nicht nur als eine üble politische Geschmacklosigkeit erster Ordnung, sie kann auch sehr ernste politische Folgen haben. Die Stelle, wo diese Aeußerung getan wurde, ist so wichtig für die Zukunft Deutschlands, daß dem Herrn, der sich anscheinend der politischen Tragweite seiner Wendung nicht bewußt gewesen ist, von berufener Stelle klar gemacht werden sollte, daß wir ins Ausland nötigere Dinge hinauszutragen haben als die Hetze gegen die Republik.

Vom internationalen Bergarbeiterkongreß

(W.T.B.) **Frankfurt a. M., 7. August.** In der heutigen Sitzung des internationalen Bergarbeiterkongresses wurde der Engländer Frank Hodge wieder zum Generalsekretär der Bergarbeiter-Intenationale gewählt.

Der zum Vorsitzenden für die heutigen Verhandlungen gewählte Engländer Smith gab in seiner Eröffnungsrede einen Rückblick über die Arbeiten des Internationalen Bergarbeiterverbandes seit dem Genfer Kongreß im Jahre 1920. Er versicherte den deutschen Kameraden, daß man fest entschlossen sei, im Geiste der Brüderlichkeit zur Verbesserung der Lage, in der sich Deutschland befinde, zu tun, was man tun könne.

Ein Antrag des russischen Bergarbeiterverbandes auf Zulassung zur Bergarbeiter-Internationale wurde vorläufig abgelehnt, bis die genauen Ziele der russischen Organisation festgestellt seien.

Breiten Raum nahm die Erörterung eines von Frank Hodge begründeten Antrages auf internationale Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen ein. Nachdem Engländer, Franzosen und Deutsche dazu gesprochen hatten, wurde mit 86 gegen 13 Stimmen folgende Entschließung angenommen: „Der Vorstand des Internationalen Bergarbeiterbundes wird beauftragt, ein einheitliches Programm der im Bergbau aller Länder durchzuführenden Ziele und Forderungen zu entwerfen, und zwar möglichst auf Grund der im Laufe der Zeit von den Kongressen des Internationalen Bergarbeiterbundes gefaßten Beschlüsse. Zugleich werden die der Bergarbeiter-Internationale angehörenden Landes- bzw. Zentralverbände aufgefordert, in ihren Ländern die Verwirklichung dieser Ziele und Forderungen anzustreben als ersten Schritt auf dem Wege zur Vereinheitlichung der Bergarbeiterforderungen in allen Bergbauländern der Welt. Die einzelnen Länder verpflichten sich, in jeder nur möglichen Weise die Bemühungen aller anderen Länder zur Erreichung solcher Ziele und Forderungen zu unterstützen".

Die Forderung, den Bergarbeitern größeren Urlaub und Weiterzahlung ihres Lohnes während des Urlaubs zu gewähren, begründete eingehend Alfred Lombard-Belgien. Bei der Forderung, daß die Regelung den einzelnen Ländern zur Durchführung überlassen werden soll, stimmen die Franzosen dagegen, die eine internationale Regelung der Frage wünschen.

Es sind 119 Delegierte aus Deutschland, Belgien, Frankreich, England, Amerika, Holland, Luxemburg, Ungarn, Jugoslawien, Oesterreich und der Tschechoslowakei anwesend, die 2 108 000 Bergarbeiter vertreten.

Die Festungshaft des Herrn von Jagow. Die „Rote Fahne" brachte kürzlich die Nachricht, daß der Festungsgefangene von Jagow in Gollnow von dem deutschnationalen pommerschen Landrat in Speck, Herrn von Flügge, öfters zum Diner oder zur Jagd persönlich mit der Kutsche abgeholt werde. Herr von Flügge ist, wie der „Dena" mitgeteilt wird, bereits seit dem Jahre 1900 aus dem Staatsdienst ausgeschieden. Im übrigen macht von Jagow lediglich die jedem Festungsgefangenen gestatteten üblichen Ausgänge unter strenger Einhaltung der allgemein bewilligten Urlaubszeit. Die Behauptung über eine Teilnahme an Diners, Jagden oder irgendwelchen ähnlichen besonderen Veranstaltungen ist unrichtig.

Solingen ohne Zeitungen. Infolge Ausstandes der Buchdrucker und Setzer, die eine außertarifliche Zulage fordern, sind die bürgerlichen Zeitungen im Solinger Industriebezirk seit Sonntag nicht mehr erschienen.

Der Daimler-Skandal vor dem württembergischen Landtag

Die Firma Daimler, berüchtigt durch ihre Kriegsgewinne und Kriegsschiebungen, war am Donnerstag, den 3. d. M. Gegenstand lebhafter Erörterungen im württembergischen Landtage. Den Anlaß gaben Steuerhinterziehungen dieser patriotischen Firma, und was das tollste dabei ist, Steuerhinterziehungen mit Hilfe des württembergischen Finanzamtes. Der Tatbestand ist, nach den Ausführungen eines sozialdemokratischen Abgeordneten, folgender:

Das Steuerkapital der Firma Daimler wurde **im Jahre 1918 auf rund 32 Millionen Mark festgesetzt.** Dieses Gewerbesteuerkapital wurde auch 1919 zugrunde gelegt bei der Veranlagung zur Gewerbesteuer. Die Firma Daimler hat nun unterlassen, rechtzeitig gegen die Festsetzung des Gewerbesteuerkapitals vom Jahr 1918 Beschwerde zu führen, sie hat erst verspätet einen Antrag auf Neuschätzung des Gewerbesteuerkapitals gestellt. Das Finanzamt Cannstatt hat richtigerweise die verspätet eingelegte Beschwerde der Firma Daimler abgelehnt, dem Steueransatz für 1919 wurde deshalb das Gewerbesteuerkapital für 1918 zugrunde gelegt mit 32,7 Millionen Mark. Die Firma hatte nun gegen die Gewerbesteuereinschätzung für 1918 Einspruch erhoben; das Finanzministerium hat daraufhin — und das sei das Entscheidende — am 4. September 1919 verfügt, daß es davon ausgehe, daß für das Jahr 1919 eine neue Veranlagung vorzunehmen sei, da der Betrieb im abgelaufenen Jahr eine nachhaltige Veränderung erfahren habe. Diese weitgehende Rücksichtnahme auf die Firma Daimler bildete nun das Signal zum Abbau des Gewerbesteuerkapitals. Die Firma verstand es, dieses Entgegenkommen des Finanzministeriums auszunützen und drohte mit der Verlegung des Betriebs nach Preußen. Die Herabsetzung des Gewerbesteuerkapitals für 1918 wäre nicht möglich gewesen ohne die Anweisung des Finanzministeriums, eine Neuschätzung des Gewerbesteuerkapitals der Firma Daimler vorzunehmen. Die Wirkung blieb nicht aus. Das Finanzamt Cannstatt nahm eine Neuschätzung vor auf 1. April 1919, wobei auf Grund der Anordnung des Finanzministeriums die Bezirksschätzungskommission **das Gewerbesteuerkapital der Firma Daimler von 32 Millionen auf rund 15,8 Millionen herabgesetzt hat.** Die Firma Daimler war jedoch mit der Herabsetzung ihres Steuerkapitals auf die Hälfte nicht zufrieden, **sie wollte noch mehr erreichen.** In einer Beschwerde wandte sie sich an das Landesfinanzamt, Abteilung Besitz- und Verkehrssteuern. Das Landesfinanzamt hat am 23. September 1921 dieser Beschwerde in der weitestgehenden Weise stattgegeben, indem das Steuerkapital für die Jahre 1919 und 1920, **also auch rückwirkend für 1919, von ursprünglich 32,7 Millionen auf rund 4,6 Millionen M. herabgesetzt wurde** — eine Herabsetzung von beinahe auf den achten Teil für 1919! Die Wirkung dieser Beschwerdeentscheidung war, daß sich **die Staatssteuer der Firma um 1 794 000 M., die Gemeindeumlage um 9 459 000 M. ermäßigte, zusammen also 11 253 000 M.**

Weiter wurde im württembergischen Landtag darauf hingewiesen, daß in Anlehnung an das Daimlerbeispiel andere Großfirmen denselben Steuertrick versucht hätten. — Interessant ist die Mitteilung, wonach selbst die „Königliche preußische Regierung" dem Geschäftsgebaren der Daimlergesellschaft kritisch gegenüber gestanden haben soll. Eine Prüfungskommission faßte ihr Urteil über die Daimlergesellschaft folgendermaßen zusammen:

„Bei Daimler ist fast jeder Finanzposten das Resultat einer Zusammenwürfelung und Aufrechnung verschiedener Hauptbuchsalden, die kaum wesensverwandt, geschweige denn gleichwertig sind. Außerdem lassen bedeutende jahraus jahrein sich wiederholende Unterbewertungen die Bilanz vollständig in der Luft schweben. Verschwommene Bezeichnungen und willkürliche Zahlen — das ist die Daimlerbilanz."

Die Kommission stellte fest, daß die Firma Daimler für die Jahre 1914 bis 1917 Gewinne in Höhe von rund **25 Millionen** angegeben hat, die Prüfungskommission errechnete **aber einen Mehrverdienst von 81 Millionen Mark.**

Schließlich wollen wir noch folgende Stelle aus der sozialdemokratischen Rede mitteilen:

„Das Landesfinanzamt erwies mit seiner Entscheidung den Aktionären einen glänzenden Dienst. Hier einige Sätze des Börsenberichts über die Kursentwicklung am 21. November 1921 in Berlin: Es heißt dort: „Das hervorstechendste Kennzeichen der heutigen Börse war die Lustlosigkeit des Verkehrs." Weiter unten: „Zeitweilig **lebhafter und sehr fest Daimler auf die Aufrechterhaltung der württembergischen Werke und den Steuererlaß."** Die Aktien der Firma Daimler sind an diesem Tage nach dem amtlich notierten Berliner Börsenbericht **von 577 Prozent auf 750 Prozent gestiegen, also eine Erhöhung um 173 Prozent."**

Der Fall Daimler zeigt klar, wie notwendig die Reinigung des Regierungsapparates von reaktionären Beamten ist. Weiter aber ist er geeignet, auf die wirtschaftliche Uebermacht der Unternehmer hinzuweisen, die unter Androhung der Schließung oder Verlegung ihrer Betriebe Millionen von Mark vom Staate erpressen, ohne Rücksicht darauf, daß für alles — für die Schließung der Betriebe sowohl als auch für die erpreßten Millionen — immer wieder die arbeitende Bevölkerung bluten muß.

Es wäre dringend erforderlich, allen Unternehmungen, denen Steuerhinterziehungen oder andere schwerwiegende Vergehen an der Republik und ihrer Wirtschaft nachzuweisen sind, mit der Enteignung ihrer Betriebsanlagen und Vermögen von Staats wegen zu bestrafen.

Immer noch die „geheimen" Zusätze zum Rapallo-Vertrag

Die schon im zaristischen Rußland deutschfeindliche „Nowoje Wremja" erscheint jetzt bekanntlich als halboffiziöses Organ der Anhänger des Generals Wrangel und ähnlicher extrem rechtsgerichteter Kreise in Belgrad. Das Blatt ist auch heute noch deutschfeindlich und, um diese Deutschfeindlichkeit zu dokumentieren, hat es dieser Tage nochmals die alte Behauptung aufgestellt, daß der deutschrussische Vertrag von Rapallo noch „geheime" Artikel besitze, die nicht veröffentlicht worden seien. Karl Radek habe nun dem Präsidium des Allrussischen Zentralexekutivkomitees einen Bericht erstattet und habe darin diese geheimen Ergänzungsartikel des Rapallovertrages eingehend erörtert. Dieser Bericht Radeks sei in den Besitz der „Nowoje Wremja" gelangt und wird nun dort veröffentlicht. Radek soll in diesem Bericht gesagt haben, daß der wichtigste Artikel der geheimen Ergänzungen der Artikel 3 sei, der große deutsche Konzessionen in Südostrußland vorsehe. Die Konzessionen seien den deutschen Industriellen und Kapitalisten nach den Wünschen deutscher Militärsachverständiger gegeben worden, die es für unausweichlich gehalten hätten, daß die deutsche Armee-Reserve im Südosten Rußlands kolonisiert werde, da diese, wenn der erste deutsch-russische Angriff gegen Westeuropa nicht gelingen und der Krieg sich verlängern sollte, für Rußland die Versorgung des Hinterlandes übernehmen sollte. Deshalb seien an das „Syndikat der deutschen Bodenbanken" für 15 Jahre die Rübenflächen in der Ukraine in den Gouvernements Cherkow, Kiew und Jekaterinoslaw verpachtet worden. Im Don-Kohlenrevier seien der Stinnes-Gruppe Konzessionen für 15 Jahre erteilt. Die geförderte Kohle diene „interalliierten" (deutsch-russischen) strategischen Zwecken und werde von dem außerordentlichen militärischen Garantiefonds bezahlt. Im Kuban-Gebiet sollten 20 000 deutsche Kolonisten angesiedelt werden, vor allem Artilleristen und Festungspioniere, die aus Noworossisk ein neues Verdun machen sollten. Unter den gleichen Bedingungen sollte die Ansiedlung von 15 000 deutschen Kolonisten in Terek erfolgen, um die Kosaken zu zersplittern. In Grosny soll den Aktionären der Krupp-Unternehmungen die Naphtha-Konzession zur 20prozentigen Ausbeutung als Ersatz für den an die Rote Armee zu liefernden Artilleriebedarf übergeben werden. Die übrigen 80 Prozent sollen Krassin zur Verfügung bleiben. Des weiteren werden noch eine Zuckerkonzession und andere Siedlungspläne erwähnt.

Von der maßgebenden Stelle der deutschen Reichsregierung wird die „Dena" dazu ermächtigt, zu erklären, daß diese gesamten Mitteilungen, die leider ihren Weg bereits in einige angesehene ausländische Zeitungen gefunden haben, von Anfang bis zu Ende erlogen und gefälscht sind. Es existieren keine Geheimergänzungen zum Rapallo-Vertrag und dementsprechend auch kein Geheimartikel 3, der solche sinnlosen Bedingungen enthalten könnte, wie sie hier mitgeteilt worden sind. Eine gleichlautende Erklärung Radeks wird sicher nicht ausbleiben, doch kann schon jetzt gesagt werden, daß selten eine gefährlichere und heimtückischere Falschmeldung in die Presse lanciert worden ist als diese, an der auch nicht ein einziges Wort wahr ist.

Was politische Demonstrationen kosten

So überschreibt die „Deutsche Tageszeitung" in ihrer Morgenausgabe vom 5. August eine Notiz, in der sie für den Ruhrkohlenbergbau einen Fehlbetrag von 375 000 Tonnen anläßlich der Rathenaudemonstrationen feststellt. Das bedeute einen direkten Verlust von 450 Millionen Mark. Um die Kohle, die durch Schuld der Rathenaudemonstrationen im Ruhrgebiet ausgefallen seien, wieder herbeizuschaffen, hätten 37 500 Wagen, das seien zehn Schiffsladungen im Werte von 700 Millionen Mark einschließlich Frachtkosten aus England eingeführt werden müssen. Allein im Ruhrkohlenbergbau sei durch die Rathenaudemonstrationen der deutschen Volkswirtschaft eine Milliarde Schaden zugefügt worden. Wie hoch möge wohl die Endsumme unter der Rechnung über die politischen Demonstrationen der letzten Jahre sein? —

Nach der „Deutschen Tageszeitung" haben also die Kapitalisten ein moralisches Recht darauf, daß die Proletarier Tag für Tag für sie Fronden. Mensch und Staatsbürger dürfen sie an „Werktagen" nicht sein. Da die Rathenaudemonstrationen durch die deutschnationale Mordhetze ausgelöst wurden, schlagen wir vor, wenigstens in diesem Falle die Deutschnationalen für den Schaden verantwortlich zu machen und das Vermögen der Deutschnationalen Partei oder ihrer führenden und verantwortlichen Mitglieder zugunsten des Staates zu konfiszieren. Denn sie allein sind es doch letzten Endes, die uns die Milliarde Schaden im Ruhrkohlenbergbau und manche anderen Riesensummen kosten.

Der Schutz der Republik

Das reaktionäre Reichsarbeitsministerium.

Die „Berl. Volkszeitung" beginnt mit der Veröffentlichung von Artikeln, die die Zustände in den einzelnen Ministerien beleuchten. Der erste Aufsatz behandelt das Reichsarbeitsministerium. Wegen der großen Wichtigkeit dieser Regierungsstelle wollen wir folgende Einzelheiten aus dem Bericht mitteilen. Es heißt darin u. a.:

„Als die Entmilitarisierung der Bezirkskommandos feste Formen annahm (im Herbst 1919) und ihre Umbildung in Behörden des Versorgungswesens bekannt wurde, versetzte das Militärkabinett Offiziere und Militärbeamte aus dem preußischen Kriegsministerium, den Generalstäben usw. dahin. Diese Herren, die — in ihrer überwiegenden Mehrheit — nur an einem Tage im Monat Republikaner sind: am Tage des Gehaltsempfangs, sind jetzt wohlbestallte Regierungs-, Oberregierungs- und Ministerialräte. Man wird als selbstverständlich annehmen, daß diese Herren irgend einen Beweis der Befähigung zur Bekleidung so wichtiger und entscheidender Stellen erbracht haben. Weit gefehlt: durch Ausbildung im Parademarsch und Exerzieren sind sie befähigt, die Stellen zu bekleiden, die früher ausschließlich Akademikern vorbehalten waren.

Es seien zwar einige unter ihnen, die sich alle Mühe in ihrem neuen Beruf geben; aber nur einige. Bei der übergroßen Mehrzahl, und besonders bei dem Nachwuchs, den unter der Bezeichnung „Regierungsamtmänner" gehenden jungen Offizieren, heißt es nur: Tradition hochhalten!

Von diesen zirka 800 beamteten Offizieren werden 16 Direktoren der Hauptversorgungsämter nach Gruppe 13 besoldet, 125 Oberregierungsräte nach Gruppe 12, 247 Regierungsräte nach Gruppe 11, 371 Regierungsräte nach Gruppe 10, wobei zu bemerken ist, daß die in den Ministerien „tätigen" Herren, die in diesen Zahlen nicht einbegriffen sind, alle eine Gruppe höher besoldet werden als die gleichgestellten bei den nachgeordneten Behörden und außerdem für ihre „Mehrarbeit" auch noch die Ministerialzulage erhalten.

Als Personalreferenten fungierten ausschließlich frühere hohe Militärs . . .

Daß diese Herren auch nur einen Hauch demokratischen Geistes verspürt haben, kann niemand behaupten.

Wenn man wenigstens einige leitende Stellen Nichtmilitärpersonen überlassen hätte! Aber es sitzen im Reichsarbeitsministerium fast ausschließlich frühere Offiziere und Militärbeamte; das gleiche ist von den nachgeordneten Versorgungsbehörden zu sagen . . . . Auch die Kaiser-Wilhelm-Akademie, aus der der größte Teil der Aerzte der alten Armee hervorging, besteht noch weiter, allerdings mit dem Zusatz „für ärztlich-soziales Versorgungswesen", und zwar mit einem Etat von: 1 Oberregierungsrat, 3 Obermedizinalräte, 3 Medizinalräte, 1 Chemiker und 4 Kastellane. Wozu? Eine Beantwortung dieser Frage wäre wohl sehr schwer.

Die Volkszeitung schließt ihren Bericht mit folgender Mahnung an die maßgebenden Regierungsstellen: „In keinem Beamtenkörper dürfte jedoch eine allgemeine beschleunigte Reinigung so nötig sein wie im Reichsarbeitsministerium. Von schönen Reden und Entschließungen haben wir nun genug gehört! Die Fenster weit auf und gründlich aufgewaschen vom Boden bis zum Keller!"

Halb für, halb gegen die Einigung

Die Kommunisten haben letzthin auf der Tagung ihrer Berliner Organisation ihren Schmerz darüber ausgeweint, daß die Massen die gerade von der KPD. am häufigsten in die Welt geschriene Parole nach Einigung bitter ernst genommen haben, und jetzt daran gehen, den Worten die Tat folgen zu lassen. So war es nicht gemeint, versichern auf einmal die kommunistischen Führer ihren Anhängern und setzen alle Hebel in Bewegung, sie von der wahren Einheitsfront zurückzuhalten. Indessen auch bei den kommunistischen Anhängern läßt sich der Wille nach Einigung nicht mehr unterdrücken; neue verwirrende Parolen können diesen Willen ebensowenig zurückdrängen wie die sich maßlos steigernde Verdächtigung unserer Führer, die dem Gebot der Stunde gemäß gehandelt haben. In Hohenneuendorf bei Berlin fand dieser Tage eine Mitgliederversammlung aller drei sozialistischen Parteien aus vier verschiedenen Orten statt. Dabei wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Mitglieder der drei proletarischen Parteien von Birkenwerder, Hohenneuendorf, Bergfeld und Stolpe vereinigen sich zu einem „proletarischen Kartell", um in gemeinsamen Aktionen für das Wohl der Arbeiterklasse zu kämpfen und seine Einigung durchzuführen. Die Einigung kann nur auf dem Boden des Klassenkampfes durchgeführt werden."

Die Resolution ist wohlgemerkt auch von den Kommunisten angenommen und durch den örtlichen Führer namentlich unterzeichnet worden. Daraus ergibt sich, daß auch die kommunistischen Anhänger die Einigung in der Tat herbeiführen wollen. Die „Rote Fahne", die diese Resolution veröffentlicht, bemerkt dazu:

„Die Aktionsgemeinschaft der Arbeiter der drei Parteien ist aufs wärmste zu begrüßen. Sie ist bei Wahrung der ideologischen Selbständigkeit unserer Partei das Mittel, an Hand der Praxis des täglichen Kampfes die Arbeiter von der Richtigkeit der kommunistischen Kampfmethoden zu überzeugen."

Die „Rote Fahne" ist also für eine Aktionsgemeinschaft der Arbeiter, insofern ist sie für die Einigung. Zugleich will sie aber die organisatorische Selbständigkeit der KPD. wahren, um die Massen von der „Richtigkeit der kommunistischen Kampfmethoden zu überzeugen". Das heißt, sie will die Einigung nicht. Sie will nicht der gesamten Masse dienen, sie will vielmehr ein Parteigeschäftchen machen. Die kommunistischen Arbeiter werden diese Art von Politik sicher nicht lange mitmachen, unbeschadet darum, was „der Vertreter der Berliner Zentrale", dessen Name und Herkunft ihnen verschwiegen wird, dazu sagt. Auch sie wollen aus dem Bruderkrieg heraus, wollen einen Schritt vorwärts. Sie wissen, wie schwer die deutsche Arbeiterklasse um ihre Existenz ringt und daß dieses Ringen nur Erfolge zeitigen kann, wenn alle Kräfte in einer Front gegen den einen, den wirklichen Feind, konzentriert und ins Treffen geführt werden.

Buchdruckerstreik in Frankfurt a. M.

(WTB.) **Frankfurt a. M.**, 7. August. Im hiesigen Buchdruckergewerbe wurde heute wegen Lohnforderungen fast einstimmig der Streik beschlossen. Die bürgerlichen und sozialistischen Blätter erscheinen von morgen ab nicht.

Die zweite Internationale in Prag. Am 12. August wird in Prag eine Beratung des Vorstandes der Londoner sozialistischen Internationale stattfinden, an der Vertreter Englands, Belgiens, Frankreichs, Hollands, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Deutschlands, der Schweiz, Italiens sowie eine Reihe anderer Staaten teilnehmen werden. Aus Anlaß dieser Beratung wird eine große Kundgebung aller Sozialisten in Groß-Prag veranstaltet werden, bei der Vandervelde über den Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre in Moskau eingehend berichten wird.

Die erste Sitzung des preußischen Gnadenausschusses. Von amtlicher preußischer Seite erfährt die „Dena", daß der gemäß § 4 des preußischen Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom preußischen Staatsministerium einberufene Ausschuß am 4. d. Mts. im Preußischen Justizministerium seine konstituierende Sitzung abgehalten hat. Zu seinem Vorsitzenden wurde der Abg. Dr. Siegfried Rosenfeld, zu dessen Stellvertreter der Abg. Dr. Seelmann gewählt.

Hamburger Idyll. In Hamburg wurde unlängst die „Bürgerglocke" beschlagnahmt. Dreist und gottesfürchtig gab der Verleger die beanstandeten Artikel nochmals als Sonderausgabe heraus. Nunmehr ist das Blatt auf die Dauer von sechs Monaten verboten worden.

Ertrunkene Schächte. Infolge der letzten Regengüsse drang in die Schächte der Kohlengrube Arthur bei Siersza Wasser ein. Die Mehrzahl der in den Schächten arbeitenden Bergleute konnte sich durch die Flucht retten. Bisher sind acht Leichen geborgen. Es werden aber noch 17 Bergleute vermißt.

Japan ratifiziert das Washingtoner Abkommen. Nach einer Reutermeldung aus Tokio hat der japanische Prinzregent die Washingtoner Beschlüsse, die vom japanischen Parlament angenommen worden sind, endgültig ratifiziert.

Der polnische Sejm ratifizierte die deutsch-polnischen Verträge über die oberschlesischen Kohlengruben und den Staatsbesitz.

Die allrussische Konferenz der kommunistischen Partei wurde am Sonnabend, 5. d. M., in Kreml eröffnet. In seiner Eröffnungsansprache sagte Kamenew, Lenin gewinne nicht nur seine Gesundheit zurück, er sei tatsächlich bereits gesund.

Die Cholera in Moskau. Nach einer Mitteilung des Volkskommissariats für Gesundheitswesen sind in Moskau während der vorigen Woche 32 Fälle der asiatischen Cholera festgestellt worden.

Die Gebühren der Reichsbahn für Handgepäckbewahrung werden von 1,50 M. auf 3,— M. und für größere Gepäckstücke von 3,— M. auf 5,— M. erhöht.

Dollar-Nachmittagskurs: 742

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne 7 Uhr
Carmen

Staats-Theater
Schauspielhaus 7½ Uhr
Operettenspielplan
Die beiden Nachtigallen

Deutsches Theater
7 Uhr:
Zum ersten Male:
Das Glas Wasser.

Kammerspiele
7½ Uhr
Er ist an allem schuld
Die zwei Unbekannte Frau

Großes Schauspielhaus
7½ Uhr:
Die Maschinenstürmer

Theater in der Königgrätzer Str.
8 Uhr: Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler.

Komödienhaus
Tägl. „Gretchen"

Berliner Theater
7.45 Uhr:
Madame Flirt

Rotter-Bühnen
Täglich 8 Uhr:
Residenz-Theater
Fedora

Triannon-Theater
Eine Frau ohne Bedeutung

Theater am Nollendorfplatz
7¾ Uhr
Verliebte Leute

Theater des Ostens
5 Uhr: Konzert
7½ Uhr: So lieben wir.

Walhalla-Theater
7½ Uhr
Er und seine Schwester

Kasino-Theater.
Erstaufführung 11. August
Lämmelmanns Hummelfahrt.

Theater am Nollendorfplatz
Jed. Abend 7½ Uhr:
Elite-Sänger
Volkspreise!

Ortskrankenkasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Die zehnte Abänderung der Satzung betreffend die §§ 2, 6, 10, 11, 19, 24, 27, 30, 44 und 47, welche in der Sitzung des Ausschusses vom 15. Mai 1922 beschlossen wurde, ist vom Oberversicherungsamt genehmigt worden.

Druckexemplare sind vom 7. August 1922 an im Kassenlokal abzuheben.

Der Vorstand.

Max Gursche, Vorsitzender. F. Hermann, Schriftführer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54
Linienstr. 83-85
Geschäftszeit
von vormittags 9 bis nachm. 4 Uhr
Telephon:
Amt Norden 833, 834, 835, 836

Achtung! Metallbrücker. Achtung!
Dienstag, den 8. August 1922, nachmittags 4½ Uhr.

Vertrauensmänner-Konferenz
im Gewerkschaftshaus, Engelufer).
Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Dienstag, den 8. August 1922, abends 7 Uhr

Versammlung
aller in den Kundenbetrieben beschäftigten Kolleginnen und Kollegen, die dem Verband der Metallschleifereien angehören, in Graumanns Festsälen, Rauchstr. 27.

Tagesordnung:
Stellungnahme zur Lohnbewegung.
Erscheinen aller ist Pflicht.

Die Ortsverwaltung.

Zahngebisse! Platin-, Gold-, Silbersach., Quecksilb., Stanniolpap. Zinn! Glühstrumpfasche kauft z. hoh. Pr. Edelmet.-Einkaufsb., Weberstr. 31

Platin-, Gold- u. Silberbruch
Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe sowie sämtl. **Altmetalle** kauft zu Engrospreisen
Roseneck, Berlin O.,
Schreinerstraße 32 (Laden)
1 Min. v. Bhf. Frankf. Allee. Fair-geldverg. Gr. Absatzg. f. Händler.

Überall in Zigarrengeschäften erhältlich ist der **echte Kapitän-Kautabak** nur mit Zetteleinlage (Rollen, Schleifen, Stangen, Twist. Verkaufsstellen durch
Karl Höcker, Bremen, Lichtenberger Str. 22 Rgst. 3061)

Meine Herren!
Einen wirklich guten Anzug, Mantel oder Hose kaufen Sie zu weit rückständigen Preisen. Große Auswahl. Gelegenheiten der Bekleidungsindustrie.
Alexandrinenstraße 116,
Hochbahnstation Prinzenstraße.
Fahrtvergütung.

Vorzügliche Küche, wohlgepflegte Biere bei Musik u. Gesang
bietet das
Heim d. Berliner Arbeiterschaft „Gewerkschaftshaus"
Engel-Ufer 25

Gemeinestr. 54
7½8 Uhr:
Das große August-Programm!

Gold, Silber, Platin
Zahlungen kg 10 Mk.
Fläschchen bis 12 Mk.
kauft Schütt,
Kyffhäuserstrasse 5,
nah Winterfeldpl.

Gold
für jede Wertsache.
Höchste Ankaufspr. f. Pfandsch., Brillanten, Goldgegenst., Tepp., Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41, III. Ecke Kochstr.

Sämtliche
Metalle
kauft von Gewerbetreibenden, Händlern und Fabriken
Schulzendorferstr. 2.

Altmetalle
zahlt hohe Preise. Oberbeckerstr. 1, Reinickendorfer Str. 107

Zahngebisse
Gold, Silber usw. kauft zum Selbstgebrauch Müllerstraße Straße 55 I. Zahlte Fahrgeldvergütung!

Zeißfelone
Gr. u. Stück, kauft ständ.
H. Steckelmann
Berlin W 9, Potsdamer Str. 135 Bülow 9291

Achtung! Achtung!
Hindenburg O/S.
Für die hiesige Verwaltungsstelle wird ein tüchtiger
Agitationsbeamter gesucht
Bedingung: mindestens fünfjährige Verbandszugehörigkeit, rednerisch begabt im Vertreten vor dem Schlichtungsausschuß und Gewerbegericht als auch in Lohnverhandlungen äußerst fähig. Gehaltsregelung nach den Jenaer Beschlüssen. Gleichzeitig wird auf die große Wohnungsnot im hiesigen Kreise hingewiesen.

Bewerber wollen ihre Gesuche bis zum 30. August 1922 mit der Aufschrift Bewerbung an die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Hindenburg, Hüttenstraße 13, z. H. des Bevollmächtigten E. Zimmer richten.

Die Ortsverwaltung

Garderobe
auf bequemste Teilzahlung
Herren-Anzüge, Hosen, Paletots, Ulster | Damen-Paletots, Kostüme, Röcke, Kleider.
Gute Ware, solide Preise, — grosse Auswahl. —
M. Beiser, Lothringer Str. 67

Flaschen, Lumpen,
Knochen, Zeitungspapier, Altmetalle, kauft
G. Günthalerstraße 89.
— Für Händler Extrapreise. —

Geschlechtskranke
Syphilis, Männerschwäche, Frauenleiden, hart n. eckige verschleppte Ausflüsse finden schnelle Hilfe ohne Berufsstörung durch
Phorosanos
neues deutsches Reichspaten+
Tausende auch die schwersten Fälle, die anderweitig jahrelang ohne Erfolg behandelt waren, wurden durch Phorosanos kurzfristig geheilt. Tägl. viele Danksagungen und Dankschreiben. Untersuchung und Aufklärung kostenlos. Teilzahlung. Gewissenhafte ärztliche Leitung. Phorosanos-Heilanstalten Potsdamer Str. 109, nahe Steglitzer Str., Brunnenstr. 191, nahe Rosenthaler Platz. — Getrennt für Herren und Damen. — Sprechstunden 10—1, 4—7, Sonntags 10—12

Stockaternen
mit Stock von 2 Mark an. Lampions billig. Papierutzen von 50 Pf. an. Vereinsbedarf, Feuerwerks-Sortiments 10, 15 bis 100 Mk. u. höher. Tengalfeuer.
A. Maas & Co., Berlin, Markgrafenstr. 84, an der Lindenstraße. 9—6 Uhr. Telephon: Dönhoff 2672.

Metall- Eisen, Lumpen, Königgrätzer Neue Königstr. 8, zahlt Tagespreise für Messing, Kupfer, Blei, Zink etc.

Färberei Nord-West
reinigt u. färbt in 3—5 Tagen
Expreß in 24 Stunden.
Fabrik-Annahme Alt-Moabit 60
Telefon: Hansa 1075
Annahmestellen:
Schönh. Allee 176 Gotzkowskystr. 13
Augsburger Str. 32 Uhlandstr. 74
Swinemünder Str. 12 Kühlmer Straße 22
Eisenacher Straße 89

Metzner
Kinderwagen-Welthaus
Metall-Bettstellen, Kinder- u. Korbmöbel, Korbwaren, Runestühle, Puppenwagen, Alle Kinder-Fahrzeuge usw.
Größte Auswahl Berlins.
Andreasstr. 23, Andreasplatz
Brunnenstr. 95, Boussestr. 67
Leipziger Str. 84, Neukölln, Bergstr. 133
Spandau, Charlottenstr. 24a.

Alle Seifenhändler
decken ihren Bedarf in Toilettenseifen, Ia Kernseifen, Ia Faßseifen, Seifenpulver usw. im Seifenlager
Emerich A. Salgo,
N 54, Lothringer Straße 38, Hof
Fernsprecher: Norden 1976.

Heilanstalt
für inn. u. äuß. Krankheiten, Nervosität, Mast.- u. Verdauungsschwäche, Mattigkeit, Angstgefühl, Kopf- u. Rückenschmerzen, Herz-, Nier-, Leb.- u. Gallenld. Haut-, Harn- u. Frauenld., Syph. schnell, schmerzl. Behdl.
= Untersuchung und Beratung kostenlos. =
G. Andres, Invalidenstr. 147 I. Etage.
Sprechstunden 9—1 u. 3—8.

Schokoladen
noch zu alten Preisen
Schmelz, 100 g ..... 6,55 M.
Milch, 100 g ..... 18,00 „
Edel, 100 g ..... 15,40 „
Nuß, 100 g ..... 15,00 „
Pralinen, lose, Pfund ..... 44,65 „
Pralinen in ½ Pfd.-Packung. Kokosflocken Pfund 33,00 M., Dragee-Riesen-Auswahl — Pfund 28,85 M.
M. Knopf, Rosenthaler Str. 10.

Zum Prozeß gegen die Konterrevolution in Rußland

G. LELEWITSCH:
Die Konstituante von Samara. (Ein Beitrag zur »Humanität« u. »Demokratie« der Partei der Sozialrevolutionäre.)
Preis Mark 25.—.

G. SSEMJONOW (WASSILJEW):
Die Partei der Sozialrevolutionäre in den Jahren 1917 bis 1918 (ihre Kampftätigkeit u. militärischen Aktionen).
Preis Mark 4.50.

W. KNJASEW:
W. Wolodarski. Preis Mark 35.—.

N. MESCHTSCHERJAKOW:
Das menschewistische Georgien. (Anmerkungen zur Broschüre Kautskys über Georgien.)
Preis Mark 1.50.

N. MESCHTSCHERJAKOW:
Der Terror der georgischen Menschewiki.
Preis Mark 20.—.

L. TROTZKI:
Zwischen Imperialismus und Revolution. Die Grundfragen der Revolution an dem Einzelbeispiel Georgiens.
Preis Mark 35.—, geb. Mark 45.—.

I. WARDIN:
Die Partei der Menschewiki in der russischen Revolution.
Preis Mark 6.—.

RUSSISCHE KORRESPONDENZ
Nr. 4-5 des dritten Jahrganges mit Aufsätzen über die Tätigkeit der Sozialrevolutionäre und Menschewiki.
Preis Mark 45.—.

Demnächst erscheint! Demnächst erscheint!
W. BYSTRANSKY:
Menschewiki und Sozialrevolutionäre.
Preis Mark 60.—.

Ausführliche Prospekte auf Verlangen.

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8

Soeben erschienen! Soeben erschienen!

Neue Enthüllungen

über die Partei der Sozialrevolutionäre (Das Pariser Geheimarchiv)

Preis Mark 3.—

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8

Jeder Parteigenosse! muß es sich zur Pflicht machen einen Abonnenten zu gewinnen!

Ausschneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Unterzeichneter bestellt hiermit vom ..... 1 Exemplar der einmal täglich erscheinenden Zeitung

„Freiheit"

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands mit den Unterhaltungsbeil. „Freie Welt", „Frauenwelt" u. „Jugend-Genosse"

zum Preise von monatlich 70.—, halbmonatlich 35.— Mk. bei freier Zustellung ins Haus.

Name: .....

Ort: ..... Straße: ..... Nr. .....

(Name deutlich schreiben, Adresse genau ausfüllen: vorn, hof, Stil, Querges.

Diesen Bestellschein bitten wir in einer unserer Spedition abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin SW, Kronprinzen-Ufer 27 I, im Kuvert als Drucksache, einzusenden.

Spezial-Arzt
Dr. Netterkamp, Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleid.; Syphilis-Kur, Blutuntersuchungen. In der Heilanstalt „Löser", **Dir. O. Löser, Münzstr. 9,** nahe Alex.-Pl. 10—1, 4—7. Sonnt. geschl. Damen separat.

Geschlechtskranke
Spezial-Arzt Dr. med. Dammann Heilanstalt
1. Potsdamer Str. 123 B, 2 Friedrichstr. 81
3. Königstraße 56/57 am Alexanderplatz.
Sprechstund. 9—12, 4—7, Sonntag 10—12 nur Potsdamer Str. 123 B
Behandl. außerh. d. Sprechz. n. tel. Anruf 204, Lützow 153, Zentrum 8724.

Spezialarzt Dr. med. Lewinsohn Ambulatorium für Haut-, Harn-, Frauenleiden, Syphilis, Salvarsankuren, Blutuntersuch. Nur Brunnenstr. 185 Damen separ. 10-1, 4-7½, Sonnt. 10-12 zwischen Rosenthaler Platz und Invalidenstraße.

Die besten u. billigsten Taschenuhren v. 250.- M. an liefert **Uhren-Kloje** Berlin S, Zossener Str. 8 Preisliste gratis.

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Pelzwaren! trotz enormer Preissteigerung bald umsonst! Nerzenauswahl Kreuzfüchse, Blaufüchse, Zobelfüchse, Pelzjacken! Pelzverkehr, Kottbuser Damm 2, neben Jandorf.

Wintermäntel Riesenauswahl, kaufen Sie jetzt noch sehr billig bei mir. Michaelis, Mauerstr. 80, eine Treppe, gegenüber Krausenstraße.

Anzüge. Sommerpaletots, Sommerschlüpfer, Cowercoats, Gutaprahs, Gebrockanzüge, Gummimäntel, Hosen jetzt fünfzig Prozent billiger. Friedensstoffe. — Kreuzfüchse, Blaufüchse, sämtliche Pelzarten jetzt zu spottbilligen Sommerpreisen. (Keine Lombardware). Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstr. 203/4. Ecke Rosenthaler Str.

Pelzwaren - Gelegenheitskäufe. Füchse und Felle aller Art enorm billig. Spitzer, Kommandantenstraße 28 II.

Bettwäsche billig! Enorm billiger Verkauf. Bettbezüge 315.—, 375,—, 420,—, 495,—, Bettlaken 228.— an. Federdichte Inlets, prima Ueberschlaglaken, Paradekissen, Tiritt, Damast, Bettfedertöpfe, Züchen, Handtücher, bekanntlich gute Qualitäten allerbilligst. Fensterware unter Selbstkosten, Riesenauswahl. Zuvorkommende fachmännische Bedienung. Hotels, Anstalten größeren Rabatt. Strumpf u. Jäger. Größte Bettwäsche - Spezialfabrik. Kottbuser Damm dreiundsiebzig, Landsberger Straße achtundachtzig.

Staunenerregend! Kreuzfüchse! Silberfüchse! Rotfüchse! Blaufüchse! Zobelfüchse! Opossum! Nerze! Skunks! Riesenauswahl! Fabelhaft billige Sommerpreise! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus, Warschauer Straße 7. Nur neue, keine Verkaufswaren!

3000 Anzüge. Schlüpfer, Gummimäntel, Hosen, Sommerjacken, Damenmäntel, Pelzkragen, Wäsche usw. gelangen täglich bekannt billig zum Verkauf. Fahrtvergütung. Leihhaus Boxhagener Straße 47

Nirgends besser kaufen Sie erstklassige Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl konkurrenzlos billig. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßarbeit. Große Posamen-Gelegenheitskäufe. Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstr. 5, direkt Rosenthaler Tor.

Möbel

Küchen. moderne, mit und ohne Anrichte lackiert lasiert, roh, enorm preiswert. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Str. 22 (Schönhauser Tor).

Möbelankauf, Meyer, Immanuelkirchstraße 26, Alexander 231.

Chaiselongues, Umbaustofa, Auflagematratzen, Patentmatratzen, Walter, Stargarder Str. achtzehn.

Möbelankauf, Einrichtungen, Nachlässe, Klaviere, Teppiche, Waldenbergerstr. 2, Alexander 1857.

Chaiselongues 525, Metallbetten 500, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettstellen, Meine Auslitt 32a Quergeb.

Fahrräder

Kugellager kauft Fahrradgeschäft, Schönhauser Allee 163.

Fahrradankauf. Linienstr. 19.

Kaufgesuche

Achtung! Säcke, Garne, Bindfaden kauft Meyer, Immanuelkirchstraße 25, Alex. 251.

Nähgarne, Sattlergarne, Säcke, jeden Posten kauft Möbelgeschäft Woldenberger Str. 2, Alexander 1857.

Geld-Verkehr

Geld sofort auf jede Wertsache, Pfandscheine, Wäsche, Goldsach. usw. (Rückkaufrecht). — Schultz, Danziger Str. 69, hochpart. (an der Brenzlauer Allee).

Vermietungen

Reinickendorf-West Tausche 3-Zimmer-Wohnung Moabit (nahe Stadtbahn) gegen ebensolche in Reinickendorf. Off. unt. R 33 Exped. der „Freiheit", Berlin NW. 40.

Ueber 10 000 Wohnungs-Tauschadressen liegen zur Verfügung. Swoge, Alexanderstraße 38, Friedrichstr. 250, Potsdamer Straße 56. Tausende nachweisbare Vermittlungen.

Verschiedenes

Mandolinen- und Gitarrespielerinnen (Blattspielerinnen) können sich einem Arbeiterinnen-Mandolinenverein anschließen. Spielabend Donnerstags, 8 Uhr, Restaurant Görlitz, Leuthenstraße 19b.

Erste Hilfe bei Erkrankungen lehrt „Der kleine Samariter" Preis 1,50 M. Buchhandlung „Freiheit".

Ehrenerklärung. Nehme hiermit die gegen Gelegenheit zugefügten Beleidigungen ehrenwörtlich zurück! Artur Kühn, Hüttenstraße 55.

Kauft bei unseren Inserenten!

Groß-Berlin

Dornröschen Stralau

Wie ein Verwunschenes aus Märchenland liegt es da. Still und beschaulich. Vorn auf dem langgestreckten, schmalen Halbinselchen zwischen Spree und Rummelsburger See, saust wie ein neugieriger Eindringling eine Elektrische durch die Dornenhecke und flitzt nach wenigen tausend Metern bei dem idyllischen Stralauer Kirchlein an dem großen Loch unter dem Spreebett wieder hinaus. Nur da vorn schallen Hammerschläge, surren Maschinen, qualmen Schlote, gellen Fabrikpfeifen. Hinten ist tiefer Friede, liegt das Stralauer Dornröschen versonnen im Halbschlaf. Wunderbar, wie der Riese Berlin und der Bürger Spekulation dieses dörfliche Zwerglein noch immer verschonten mit ihren Krallen! Die alteingesessenen Stralauer halten fest zur Scholle, wollen vom Modernen nicht viel wissen, lassen sich so leicht nicht verdrängen. Man denke sich die lauschigen, auf beiden Seiten der einzigen Dorfstraße hinten bis zum Wasser reichenden Gärten, alle die kleinen Bootswerften und Lagerplätze in eine doppelte Mietskasernenfront umgewandelt. Aller Nimbus wäre verloren ....

Märchenkunde kommt aus dem Stralauer Märchenland. Dornröschen räkelt sich, hat lange genug die neue Zeit verschlafen. Gab es nicht früher so etwas wie ein Stralauer Fischzugsfest? Strömten da nicht die einst so anspruchslosen Berliner in Massen nach dem Fischerdorf, um gleich drei Tage hintereinander ein echtes, rechtes Volksfest mit allem historischen Gepränge des Fischereigewerbes, gemischt mit Berliner Ulk, zu feiern? Lang, lang ist's her ... Achtbare Fischlein, verscheucht von den mordenden Fabrikabwässern, wurden immer seltener. Und zu dem großen Brassenzug, der am Vormittag des ersten Festtages, am 24. August, noch nicht soviel einbrachte, daß sich ein halbes Dutzend Familien daran delektieren konnten, sang der schnodderige Spreeathener Witz: „Was zog man aus dem Grund? Eenen ollen Stiebel und 'nen doten Hund!“ Schon vor bald einem Jahrhundert hatte sich dieser köstliche Witz an Stralau herangemacht. Es kriselte in Berlin. Dicke Luft lag über der Spree. Man munkelte von Revolution. Da erschien an dem alten Stralauer Tor ein riesiges Plakat mit ungelenken Schriftzügen: „Wegen Unpäßlichkeit des Schusterjungen Friedrich Wilhelm Schulze kann die große angekündigte Berliner Revolution heute nicht stattfinden.“ Es war gerade der 24. August. Schnell sprach sich die Verhohnepiepelung des gekrönten Friedrich Wilhelm auf dem Schusterschemel in dem damals noch so kleinen Berlin herum. Alles lachte unbändig. Die Massen stauten sich vor dem Tor .... und von da zum Fischzugsfest über die sandige Landstraße war es ja nicht weit.

Nun soll, wenn es wirklich keine Mär ist, dieses uralte Berliner Fest nach zehnjähriger Pause wiederaufleben. Zuletzt, vor dem Kriege, war es nur noch ein Fischzugsversuch der Stralauer Sommerlokalwirte. Aber auch der wollte nicht mehr recht gelingen. Zwei der ältesten gastlichen Stätten, das „Storchnest“ und namentlich der „Lindenpark“, in dem sich das offizielle Festtreiben abspielte, waren schon eingegangen, und drüben auf der Treptower Seite machte sich immer schärfer die Vergnügungs-Konkurrenz geltend. Verkehrserweiterungen taten das übrige, um Stralau kaltzustellen. Selbst die Spreetunnelbahn hat dem idyllischen Dörflein keinen nennenswerten Aufschwung gebracht, ist nur Durchgangsbetrieb nach Treptow geblieben. Manche der alten wunderhübsch gelegenen Sommergärten sind noch da, seit Jahrzehnten fast unverändert. Aus dem großen Halbrund „Zum Schwanenberg“ an der Spitze der Halbinsel ließe sich mit Unternehmergeist sogar etwas Besonderes machen. Wird es diesmal glücken, Alt-Stralau in Erinnerung zu bringen? Dornröschen, wach' auf! Nimm' deinen Anteil an den guten, alten Volksfesten, für die der Sinn im Gegensatz zu den tollen Orgien der aufgedunsenen Fresser und blöden Genießer wieder erwacht ist.

Erhöhung der Mehl- und Brotpreise

Die Ernährungsdeputation beriet am 7. August über die Neufestsetzung der Gebäck- und Mehlpreise zu Beginn des neuen Wirtschaftsjahres. Die Mehlpreise der Reichsgetreidestelle sind zu diesem Termin um fast 120 Prozent erhöht worden; hinzu kommt die durch die fortschreitende Teuerung bedingte erhebliche Steigerung sämtlicher andern Unkosten. Es wurde beschlossen, dem Magistrat vorzuschlagen, für die Zeit vom 14. August ab den Preis des Großbrots von 1900 Gramm auf 31,60 Mark, den Preis der Schrippe von 50 Gramm auf 1,10 Mark, den Preis für das Pfund Weizenkuchenmehl auf 9,90 Mark festzusetzen. Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, daß nach den zurzeit geltenden Preisen des freien Gebäcks ein 1900-Gramm-Brot aus freiem Mehl über 49 Mark, eine 50-Gramm-Schrippe über 2 Mark kosten würde, während ferner gegenwärtig der Kleinhandelspreis des freien Weizenkuchenmehls sich auf 20,22 Mark beläuft.

Die Lösung der Hausreinigerfrage

Ein bemerkenswertes Urteil hat das Amtsgericht Neukölln durch Beschluß des Amtsgerichtsrats Dr. Lutz, der gleichzeitig Vorsitzender des Treptower Mietseinigungsamtes und als solcher in Mietersachen recht sehr erfahren ist, in einer Räumungsklage gegen ein älteres Hausreiniger-Ehepaar in Treptow gefällt. Nach dem Antrage des Hauswirtes sollte die Räumung mit sofortiger Wirkung ausgesprochen werden. Das Amtsgericht verurteilte zwar die Beklagten, gewährte jedoch beschlußmäßig Frist zur Räumung bis zum 1. August, **wenn die Beklagten bis dahin die Hausreinigung so erledigen, daß die Mietervertretung damit zufrieden ist.** Die Mieter bzw. deren Vertreter hatten Ursache, mit der Hausreinigung, die in diesem Falle gerade auf Betreiben der Mieter angemessen bezahlt wurde, nicht zufrieden zu sein, hatten aber trotzdem das Zwangsmittel der Räumung mit Rücksicht auf die Wohnungsnot nicht gewünscht. Der Beschluß des Amtsgerichts deutet aber immer erst schwach den Weg an, wie man bei solchen Räumungsklagen die Wohnungsämter entlasten und die Portierleute davor bewahren kann, auf die Straße gesetzt zu werden. Wäre es nicht praktischer und auch vorbildlich für andere Gerichte gewesen, der Räumungsklage formell stattzugeben, aber beschlußmäßig ohne Festsetzung eines bestimmten Termines **die tatsächliche Zwangsräumung solange aufzuschieben, bis sie von der Mietervertretung verlangt wird?** Damit wäre die Entscheidung über die Ausführung des Räumungsurteils zunächst in die Hände der Mieter gelegt, die doch noch mehr als der Hauswirt ein Interesse an der ordnungsmäßigen Hausreinigung haben und dann durch ruhige Auseinandersetzung mit dem Portier ein besseres Arbeitsverhältnis herbeiführen können.

Noch weiter geht der folgende Vorschlag: Im Wege der Verordnung mit Gesetzeskraft erhält die Gesamtheit der Mieter eines Wohnhauses bzw. die Mietervertretung das Vorzugsrecht, die Portierwohnung für Hausreinigungs- und Heizungszwecke zu vergeben, den Hausreiniger anzustellen und mit zeitgemäßer Fristgewährung zu entlassen, auch die Entlohnung für die geforderten Arbeitsleistungen festzusetzen und für ausreichendes Arbeitsmaterial zu sorgen, überhaupt die gesamte Tätigkeit des Hausreinigers selbständig zu überwachen. Der Abrechnungsausgleich mit dem Hauswirt für Portierwohnungsmiete, Portierlohn und Materialien findet nach Maßgabe des Reichsmietengesetzes bzw. des Wohn-, Arbeits- und Lohnvertrag ist möglichst im Einvernehmen mit dem deutschen Portier-Verband zu regeln. Auf diese Weise werden dem Hauswirt ohne Schädigung seiner Interessen die größten Sorgen um die Hausreinigung abgenommen. Es kommt nicht mehr zu Streitigkeiten zwischen Hauswirt und Hausreiniger, sondern der wohl meist sachlichere Kollegialbeschluß der Mieter gibt den Ausschlag.

Zu welchen Abnormitäten die gegenwärtigen Portierverhältnisse führen, zeigt eine Mitteilung des Berliner Vorortblattes „Der Südosten“. Hiernach enthält ein Portiervertrag den folgenden handschriftlichen Zusatz: „Ausnahmsweise wird der Portierfrau gestattet, ihren Ehemann in die Wohnung aufzunehmen.“ Wie malt sich in solchem Hauswirtskopfe die Welt? Nur die äußerste Not kann eine Frau dazu bestimmen, einen derart würdelosen Vertrag zu unterschreiben.

Die Einführung des Raucherwagens genehmigt

Wie wir erfahren, hat der Berliner Polizeipräsident seine Genehmigung dazu erteilt, daß bis zum 1. Oktober d. Js. in allen Beiwagen der Berliner Straßenbahnen das Rauchen gestattet wird. Bis zur Stunde ist diese behördliche Genehmigung allerdings noch nicht im Städtischen Verkehrsamt eingetroffen, doch ist damit zu rechnen, daß noch im Laufe des heutigen oder des morgigen Tages die Leitung der Straßenbahn von dieser Entscheidung des Polizeipräsidenten in Kenntnis gesetzt wird. Die Einführung der Raucherwagen ist dann für die nächsten Tage zu erwarten.

Anzeige der Friedensmiete nach dem Reichsmietengesetz

Nach dem Reichsmietengesetz und der unter dem 12. Juni 1922 hierzu ergangenen Preußischen Ausführungsverordnung haben die Vermieter binnen 6 Wochen nach Inkrafttreten des Reichsmietengesetzes der Gemeinde anzuzeigen, was ihnen über die Höhe der das Haus betreffenden Friedensmieten bekannt ist. Aus der Anzeige muß der Mietzins für jede Wohnung oder sonstigen Mietraum getrennt hervorgehen. Die Anzeigen sind vor Absendung den Mietern oder der Mietervertretung zur Kenntnisnahme vorzulegen. Zur einheitlichen Gestaltung der zu erstattenden Anzeigen sind von der Zentrale des Mieteinigungsamts im Einvernehmen mit dem Bund der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine Formulare aufgestellt worden, die gegen ein geringes Entgelt bei der Geschäftsstelle des Bundes, Spandauer Str. 9 und von den örtlichen Grundbesitzervereinen bezogen werden können. Es wird dringend empfohlen, von diesen Formularen Gebrauch zu machen. Die Anzeigen sind bis zum 12. August bei der Abteilung des Mietseinigungsamtes, in dessen Bezirk das Grundstück liegt, einzureichen.

Die Vereinfachung der städtischen Verwaltung

Der Berliner Magistrat hatte in seinem Haushaltsentwurf den Betrag von 100 Millionen Mark aus „Ersparnissen infolge Vereinfachung der Verwaltung“ in Einnahme gestellt. Wie seinerzeit berichtet, wurde dieses Verfahren im städtischen Haushaltsausschuß kritisiert und dafür beschlossen, einen Betrag in gleicher Höhe bei den verschiedenen Besoldungskapiteln in der Ausgabe zu streichen. Demzufolge setzten die Stadtverordneten 30 Millionen bei der Besoldung der Hilfskräfte, 50 Millionen bei den von den Bezirksämtern angeforderten neuen Stellen, 15 Millionen bei dem Jugendamt und 1 Million bei den in Aussicht genommenen Stellen in der Jugendwohlfahrtspflege ab. Das gab zusammen eine Ersparnis von 96 Millionen. Um die Restsumme von 4 Millionen auszugleichen, hat der Magistrat in einem der Nachträge für den Haushalt der Zentralverwaltungen einen Posten in dieser Höhe als abgesetzten Einnahmeteil aus Ersparnissen der Verwaltung in Ausgabe gestellt.

Großhandelspreise in Berlin.

Die Preise verstehen sich für 50 Kilogramm frei Haus Groß-Berlin, soweit nicht auf Grund des Ortsgebrauchs Rollgeld berechnet wird. Gerstengraupen, lose, 2700—2825; Gerstengrütze, lose, 2700—2800; Haferflocken, lose, 2900 bis 3050; Hafergrütze, lose, 2950—3100; Kartoffelstärkemehl 3375 bis 3750; Maisflocken, lose, 2240—2340; Maisgrieß 2400 bis 2500; Maismehl 2200—2300; Maispuder, lose, 2875—2970;

Der Entgleiste

Roman von **Wilhelm Holzamer.**

13. Fortsetzung).

Der Pfarrer sah jetzt Gottes große Hände — denn er dichtete auch und hatte daher eine lebhaftere Phantasie als gewöhnliche Leute. Er wollte gerade anfangen:

„Gottes große Hände, die...“

Da fiel ihm die Klar ins Wort:

„Große Händ hab ich auch, Herr Pfarrer, und die können schaffen. Und wo die hinhauen, da sitzt's, und was die anpacken, das hat blaue Mäler. Hier gucken Sie nur mal, die haben ihrer Lebtag geschafft, ich möcht sagen, seit ich mich erinnern kann.“

Der Pfarrer war perplex.

„Aber Gottes — —“ sagte er.

„Darum bin ich aber nit gekommen,“ fiel ihm die Klar wieder ein.

„Ja,“ hatte er's eilig zu sagen — und sein Wort schnappte so rasch zu, wie die Hände greifen, wenn man Forellen fängt, denn er fürchtete schon, es sollte ihm etwas entwischen — „es war ja kein besonderes Glück mit ihm, ich begreif das ja. Aber was die Kirche bindet, das soll der Mensch nicht lösen.“

Mit lüsternen Aeuglein schielte er jetzt von der Seite zu ihr hin. Jetzt guckte er in den eigentlichen pot aux roses hinein — und seine Lippen bekamen einen feuchten Schimmer. Er trat einen kleinen Schritt näher und fragte mit einem spitzen Flüsterton:

„Sie ist doch noch gar nicht so alt, Klar. Wie alt ist sie denn? Und hat er denn seine ehelichen Pflichten nicht erfüllt?“

Er senkte ein wenig den runden Sybaritenkopf, zwinkerte mit dem linken Auge und lauschte scharf, was jetzt für eine Antwort kommen würde.

Der Klar war das Blut in den Kopf geschossen. Am liebsten hätte sie ausgeholt und ihm eine saftige aufgebrennt. Aber dann beherrschte sie sich. Sie wollte ja was von dem alten Bettnuchschnüffler.

„Ach, Sie reden vom Kaiser. Der ist im Rhein oder überm Rhein, was weiß ich. Deshalb bin ich nit hergekommen, das müßt mir einfallen. Deshalb mach ich noch kein Finger krumm, viel weniger lauf ich ins Pfarrhaus.“

Dem Pfarrer Knödterich war das wie eine kalte Dusche. Einen Augenblick guckte er ganz verständnislos mit großen runden Augen und sperrte den Mund auf. Dann trat er einen Schritt zurück, faßte sich und donnerte heraus:

„Glaubt ihr Menschen denn, ihr seid wie die Hasen, lauft zusammen und lauft wieder auseinander, glaubt ihr, daß das euer Pfarrer auch noch billigen könnte? Und deshalb kommen Sie nicht zu mir? Ei, schön! Ei, eine feine Christin. Und tut sich noch was drauf zugute, ihren Mann zum Teufel gejagt zu haben, wahrscheinlich —“

Aber weiter kam er nicht. Die Klar hatte schon seinen Gedanken erraten und ließ ihn nicht aussprechen. Sie hatte den geistlichen Herrn an der Brust gefaßt und zog ihm mit festem Griff die Soutane so eng zusammen, daß er nach Atem rang.

„Sie...“ wollte er brüllen, aber dabei platzte die Soutane in dem Rücken.

Die Klar hielt ihn aber noch fest.

„Ganz still, und gar keine Angst — nur zu einer Hur machen laß ich mich nit. Verstanden — vom lieben Gott selber nit. Und jetzt kein Wort mehr davon — und dann ist's gut.“

Sie ließ den Pfarrer los.

„Warum ich komm — ich komm wegen mei'm Philipp.“

Der Pfarrer war noch ein wenig atemlos.

„Ich muß den Sonntag auf der Kanzel —“

„Ja, das können Sie tun — ich werd dann den Spott nit haben,“ sagte die Klar. Aber sie hielt fest an ihrem Ziel.

„Ich komm wegen mei'm Philipp,“ wiederholte sie.

Der Pfarrer sah ein, daß er nicht ankommen könne und auf sie eingehen müsse.

„Was ist mit dem?“ fragte er barsch. „Ist das Früchtchen seinem Vater nachgelaufen?“

Die Klar lachte. Das tat ihr nicht weh. Aber, dachte sie, wenn sie ihn noch mal anfassen würde, dann sollt nicht nur die Soutane auf dem Rücken platzen.

„Latein soll er lernen,“ antwortete sie genau so barsch.

Der Pfarrer horchte.

„Latein?“

„Ja, Latein.“

„Warum?“

„Weil er was werden soll.“

Aha. Der Diener der Kirche mit den zweckgepflegten Instinkten witterte etwas. Da galt's, einen Krebskorb auszusetzen.

„Was soll er werden?“

„Was er will, Schullehrer oder Pfarrer, mir soll's recht sein.“

Die gerade Natur der Klar ließ nun alle Vorsicht außer acht.

„Ich hab ihn heut zum alten Krafft in die Schule getan.“

Der Pfarrer pfiff ein wenig durch die Zähne. Er sagte nichts. Sie sollte reden. Aber er wußte schon, wie er sie packen könnte.

„Wenn er dann noch Latein lernen tät, dann könnt er in Mainz ins Gymnasium kommen und Pfarrer werden — oder sonst etwas studieren.“

Letzteres hatte sie vom alten Krafft gehört und sagte es nun wörtlich nach.

„Hm, hm,“ machte der Pfarrer. „Aber das interessiert mich gar nicht. Warum kommen Sie damit zu mir? Sie waren ja schon bei dem Gottesleugner Krafft, der wird Ihnen Aufschluß gegeben haben.“

„Sie sollen dem Philipp Lateinstunden geben.“

„So, das kann er nicht?“

In ihrer Ehrlichkeit sagte die Klar:

„Nein, er hat gesagt, das kann er nicht.“

„Ja, und ich habe keine Zeit.“

Einen Augenblick war die Klar starr. „Weil das eben war? Ich hab Ihnen gesagt, ich laß mich nit zur Hur machen, darin versteh ich keinen Spaß. Und Sie hatten mich dazu machen wollen.“

„Ich habe keine Zeit,“ wiederholte der Pfarrer mit gleichmäßiger Betonung vollständig gleichgültigen Tones.

„Dann ist's gut,“ sagte die Klar. „Dank auch schön.“

Sie drehte sich um und ging nach der Türe zu.

(Fortsetzung folgt.)

Makkaroni, lose, 3250—3350; Schnittnudeln, lose, 2900—3000; Birma-Reis 3025—3225; glas. Tafelreis 3175—4775; grober Bruchreis 2525—2625; Reismehl, lose, 2475—2575; Reisgrieß, lose, 2550—2625; Ringäpfel, amerik., 20685—20790; getr. Aprikosen, cal., 23328—23700; getr. Birnen, cal., 14300 bis 14500; getr. Pfirsiche, cal. 11840—12050; getr. Pflaumen 5200 bis 5400; Korinthen, 1921 Ernte, 9300—9500; Rosinen, kisp. carab., 1921 Ernte, 6600—6900; Sultaninen in Kisten, 1921 Ernte, 19645—19850; Mandeln, bittere, 12800—13000; Mandeln, süße, 20540—20740; Kaneel 19000—19500; Kümmel 9775—9975; Schwarzer Pfeffer 9500—9600; Weißer Pfeffer 16500—17500; Kaffee prime 22000—22400; Kaffee superior 21500—21800; Bohnen, weiße, 2450—2650; Weizenmehl 4800 bis 5500; Speiseerbsen 2425—3100; Purelard 12400—12500; Bratenschmalz 11950—12300; Marmelade 2500—8000; Kunsthonig 1900—1940; Speck, gesalz., fett, 13200—13500; Corned beef 12/6 lbs. per Kiste 6400—6500 Mark.

Vorladung Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener durch die Versorgungsbehörden.

Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, die vom Versorgungsamt oder Hauptversorgungsamt zur Untersuchung, Beobachtung oder zur Erörterung gestellter Anträge vorgeladen werden, erhalten die Reisekosten und sonstigen baren Auslagen erstattet und außerdem in angemessenem Umfange Ersatz für nachweisbar entgangenen Arbeitsverdienst. Um die sofortige Erstattung zu ermöglichen, sind Bescheinigungen des Arbeitgebers über die Höhe des entgangenen Arbeitsverdienstes und Belege über sonstige Ausgaben mitzubringen. In der Bescheinigung des Arbeitgebers über die Höhe des entgangenen Arbeitsverdienstes muß auch angegeben werden, welcher Betrag von ihm als Steuerabzug einzubehalten sein würde, da die Versorgungsbehörden diesen Betrag nicht zu ersetzen haben; fehlt die entsprechende Angabe, so wird der Arbeitsverdienst um 10 v. H. gekürzt. Wer Wert darauf legt, daß die ihm zustehenden Beträge gleich bei der Untersuchung gezahlt werden, versehe sich schon vorher mit den erwähnten Belegen.

Sicherung der ärztlichen Versorgung bei den Krankenkassen

Das Gesetz zur Sicherung der ärztlichen Versorgung der Krankenkassen vom 20. April 1922 trifft Vorsorge für den Fall, daß die Krankenkassen für die ärztliche Versorgung ihrer Mitglieder und der Kriegsbeschädigten von den Aerzten keine angemessenen Vertragsbedingungen erlangen können oder, daß die Aerzte den mit den Kassen geschlossenen Vertrag nicht einhalten. Da die Krankenkassen ihren Kranken die ärztliche Hilfe grundsätzlich in Natur gewähren müssen, für die Aerzte aber kein Behandlungszwang und auch keine Pflicht besteht, sich mit den Krankenkassen über die Bedingungen der Behandlung zu einigen, sucht das Gesetz die Zwangslage der Kassen zu mildern, indem es ihnen die Möglichkeit erleichtert, den Erkrankten statt der ärztlichen Hilfe eine Barleistung zu gewähren. Der Erlaß der näheren Bestimmungen ist für den Bedürfnisfall dem Reichsarbeitsminister vorbehalten.

Oeffentliches Konzert in Tempelhof.

Das „Musikkorps Tempelhof" wird am Mittwoch, den 9. d. M., abends ½7 Uhr, im Neuen Park zu Tempelhof, an der Manteuffelstraße gelegen, wieder ein Freikonzert veranstalten. Das Korps wird auch diesmal sein Bestes hergeben, um durch seine musikalischen Darbietungen der Einwohnerschaft eine Freude zu bereiten. Der Eintritt zu diesem Konzert ist kostenlos.

Diese Woche keine billigen Seefische. Der für den Mittwoch jeder Woche in Aussicht genommene Verkauf von besonders preiswerten Seefischen, der in über 200 über das ganze Stadtgebiet verteilten Geschäften allwöchentlich unter Aufsicht des städtischen Ernährungsamtes stattfinden soll und bereits zweimal stattgefunden hat, muß in dieser Woche infolge zu knapper Zufuhren ausfallen.

Ruhiger Verlauf der kommunistischen Demonstration in Potsdam. Die Kundgebung der kommunistischen Jugend in Potsdam am Sonntag ist ruhig und ohne Zwischenfälle verlaufen. Mit Rücksicht auf die mit dem Potsdamer Polizeipräsidenten getroffenen Vereinbarungen, war von einer Versammlung auf dem Bassinplatz Abstand genommen worden, auch Ansprachen wurden nicht gehalten. Die Kommunisten beschränkten sich auf einen Umzug durch die Stadt, der unter Mitführung zahlreicher roter Fahnen und unter Absingen revolutionärer Lieder stattfand. Dann marschierten die Demonstranten nach Nedlitz, wo die Kundgebung ihr Ende nahm.

Die Quäkerspeisung geht weiter. Die Speisung der Kinder durch die Quäker glaubte man mit dem Scheiden der Quäker aus Deutschland für beendet. Wie der Deutsche Zentralausschuß für die Auslandshilfe mitteilt, ist aber begründete Aussicht, daß die Speisung den Winter hindurch fortgesetzt werden kann, wenn auch voraussichtlich in verringertem Umfange. Die Mittel dazu werden wie bisher aus Sammlungen in deutschamerikanischen Kreisen und durch die deutsche Regierung zur Verfügung gestellt. Die Fortführung ist dem Zentralausschuß übertragen.

Vergiftungen. Gestern vormittag fand man den 36 Jahre alten Werkmeister Hermann H. in seiner in der Schlieperstr. in Tegel gelegenen Wohnung tot auf. Ein hinzugerufener Arzt stellte als vermutliche Todesursache Alkoholvergiftung fest. — Das 20jährige Dienstmädchen M. Ackermann aus der Choriner Straße wurde von ihrem Vater in dem mit Gas gefüllten Schlafzimmer bewußtlos aufgefunden. Die Ackermann konnte ins Leben zurückgerufen werden. Es liegt Unglücksfall vor. — Gestern vormittag fand die zurückgekehrte Frau G. und deren Freundin den in ihrer Wohnung in der Spreestraße zwecks Bewachung zurückgebliebenen August St., 77 Jahre alt, durch Gas vergiftet, tot auf. St. hat aus Unachtsamkeit vor dem Schlafengehen die Gashähne offen gelassen.

Gewerkschaftliches

Ein Racheplan des Pommerschen Landbundes

Die landwirtschaftlichen Unternehmer jammern und beklagen über den Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften. Dazu fehlte jeder begründete Anlaß, wenn sie den Arbeitern Recht und Gerechtigkeit angedeihen ließen. Planmäßig versuchen sie dagegen — wenigstens ein Teil der pommerschen Junker — die Landarbeiter auszuhungern und von der Scholle zu vertreiben! Ein rücksichtsloser Vernichtungswille beherrscht die um ihren Profit besorgten Grundbesitzer, der sich gegen jeden Landarbeiter wendet, der es wagt, ernsthaft an eine Verbesserung der durchaus unbefriedigenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu denken. Wagt es ein Landarbeiter, von seinen verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch zu machen und in seinem Kampfe für bessere Lebensbedingungen die Waffe des Streiks zu ergreifen, wenn es nicht anders geht, so droht ihm wirtschaftliche Vernichtung von den Agrariern.

Die Arbeitgebergruppe des Pommerschen Landbundes, Kreisgruppe Lauenburg, hat am 31. Mai ein Rundschreiben veröffentlicht und zu einer Sitzung am 10. Juni eingeladen. Auf der Tagesordnung stand:

1. Der Streik sowie Verteilung der durch den Streik verursachten besonderen Kosten,
2. Erweiterung des Flurschutzes durch Feldhüter,
3. Sonstiges.

In dem Rundschreiben heißt es u. a.:

Die Frage der Räumung der Wohnungen durch die endgültig entlassenen Streikhetzer ist überall brennend. Renitenten Leuten ist natürlich die Viehweide zu sperren und das Beziehen von Nahrungsmitteln auf dem Gute nach Möglichkeit zu erschweren. Die Beschäftigung derartiger arbeitslos gewordener, aber noch in ihren Wohnungen sitzender Leute auf Nachbargütern als Fremdarbeiter (z. B. bei Moorarbeiten ohne ausdrückliche Zustimmung des Heimatgutes) muß gleichfalls unbedingt unterbleiben. Es wird gebeten, die Beamten besonders darauf hingewiesen.

Wo der Boden schon jetzt für eine Wirksamkeit des Arbeitnehmersekretärs (!) reif erscheinen sollte, wird gebeten, ihn beim Landbunde anzufordern. Im allgemeinen ist sonst eine weitere Propaganda in den nächsten Wochen noch nicht beabsichtigt, **da im Augenblick die Tatsachen — Abzüge, Räumungen usw. — dieser Propaganda erst den Boden bereiten und die Leute erst zur Besinnung kommen sollen über das, was der Streik ihnen beschert hat.**

Das Direktorium in Stettin hat den Wunsch, Schutzpolizeibeamten aus dem zuverlässigen „Grünen-Verbande" einen Sommererholungsurlaub zu ermöglichen. Es wird gebeten, bis zum 15. Juni hierher mitteilen zu wollen, welche Güter derartige erholungsbedürftige (!) Schupoleute bei sich aufnehmen und in welcher Zeit. Soweit kleine Dienste, wie Bewachung von Obstalleen usw., verlangt werden, wird gebeten, dies ausdrücklich anzugeben. **Es liegt im Interesse der Sache, deutschgesinnten Schutzpolizeibeamten zu zeigen, daß für sie gesorgt wird."**

Das Schreiben ist unterzeichnet von Dr. Graf v. d. Goltz. Das Rundschreiben enthüllt ganz klar und eindeutig die wahre Gesinnung und das Ziel des Pommerschen Landbundes. Es zeigt allen Landarbeitern die Absichten des Landbundes. Arbeiter, die sich nicht knebeln lassen wollen, werden von Haus und Hof vertrieben, wenn sie es wagen, sich gegen den brutalen Herrscherwillen der Unternehmer aufzulehnen.

Die Junker fühlen sich wieder im Sattel, und nicht nur in Pommern. An einen Landarbeiter N. sandte der Vertreter eines Gutsbesitzers ein Schreiben, das folgende, für den Bildungsgang des Herrn bezeichnende Bemerkungen enthielt:

Wie der ganze gang hier ist, wird Ihnen doch wohl schon Ihr Sohn mitgeteilt haben:, Nehmlich wir dulden keinen, der im verband ist noch irgend wie betätigt oder sticheleien oder hintericks wiegeleien macht?

Sozialdemokritische betätigung irgendwelcher Art ist Grund der sofortigen Kindigung.

Unter diesen Umständen ist die Landflucht der Landarbeiter so verständlich wie etwas.

Neue Hetze gegen den Bauarbeiter-Verband

Vom Bauarbeiter-Verband wird uns geschrieben:

In der Morgenausgabe vom 5. August bringt die „Rote Fahne" einen von A bis Z erlogenen Bericht über den Streik der Steinholzleger. — Der ganze Bericht trägt das Gepräge einer elenden Verleumdung. So z. B. wird in dem Bericht die Behauptung aufgestellt, die Unternehmer verschleppten systematisch die Verhandlungen und die Vereinsleitung erwies sich unfähig, diese Unternehmersabotage zu brechen.

Hierzu sei folgendes gesagt: Das Lohnabkommen der Steinholzleger lief bis zum 31. Juli. Nach vorheriger Rücksprache mit dem Sektionsleiter Taraba wurde beim Verband der Baugeschäfte am 28. Juli um neue Lohnverhandlungen nachgesucht. Diese fanden am 2. August statt. Am gleichen Tage abends wurde auch Bericht erstattet.

Was schreibt die „Rote Fahne" dagegen? Am 2. August unterbreitete endlich Kollege Krause in der Sektionsversammlung das Verhandlungsergebnis. Auch wird das Verhandlungsergebnis — für das die Organisationsleitung eintrat — als unannehmbar bezeichnet. Hierzu bemerken wir folgendes:

Der Stundenlohn der Steinholzleger betrug bis zum 31. Juli 40,20 Mk., vom 1. bis zum 15. August soll ein Stundenlohn von 47 Mk., vom 15. bis 31. August ein solcher von 50 Mk. bezahlt werden. Mithin beträgt die Lohnaufbesserung für den Monat August per Stunde 9,80 Mk. Die Spanne zwischen Gelernten und Ungelernten beträgt 10 Pfg. Ferner wird behauptet: „Die Versammelten lehnten einstimmig das Angebot ab, und beschlossen trotz des Widerspruchs des Kollegen Krause, sofort die Arbeit einzustellen. Auch das ist erlogen. Die Sektion der Steinholzleger zählt z. Z. 50 Mitglieder, in der Versammlung waren 50 Kollegen anwesend, 16 stimmten für Annahme, 34 waren dagegen. Ueber die Genehmigung von Streiks hat nicht der Verein Berlin, sondern der Verbandsvorstand die Entscheidung zu treffen. Im übrigen benötigen wir bzw. unsere Mitglieder bei Streik keine Anweisungen der „Roten Fahne", sondern gelten für uns und unsere Mitglieder die Verbandssatzungen.

Der Vereinsvorstand.

Beendete Lohnbewegung des technischen Bühnenpersonals.

Es sind dem technischen Personal für den Monat August die Gehälter um 50 Prozent erhöht worden. Außerdem erhalten alle Vollbeschäftigten eine einmalige Werkzeugbeihilfe in Höhe von 10 Prozent ihres letzten Monatseinkommens. Nach dem 21. 8. wollen die Parteien erneut in Verhandlungen treten.

Die Gehälter, die jetzt gezahlt werden, sind ungenügend. Nur in Rücksicht des für die Theater ungünstigen Monats August entschied sich die Mehrheit des Personals für die Annahme dieses Angebots. Sie erwarten aber, daß ihnen im September der erforderliche Ausgleich gewährt wird.

Auch der Streik in der Volksbühne konnte im Anfang voriger Woche beigelegt werden. Es wird darum gebeten, daß die Sammlungen für die in Mitleidenschaft gezogenen Berufskollegen umgehend im Büro des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Engelufer 24/25, 2 Tr., Zimmer 31 abgegeben werden. Dort können auch die Abzüge des neuen Lohnabkommens entgegengenommen werden.

USPD. - Straßenbahner. Am Mittwoch, den 9. August, abends 6 Uhr, Vollversammlung aller USPD-Straßenbahner im Gewerkschaftshaus, Saal 2. Die Kassierer müssen pünktlich erscheinen und das Material zur Abrechnung mitbringen. — Die Distriktsleitung.

Die Lohnbewegung in der Branche für Mineralöle und Fette ist mit annehmbarem Erfolg beendet. Die Arbeiter erhalten für den Monat August Lohnzulagen von zirka 50—60 Prozent. Die Löhne erhöhen sich auf 1700 bis 2000 Mark. Abzüge des neuen Lohnabkommens sind im Büro des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes Engelufer 24/25 II, Zimmer 31, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches erhältlich.

Betriebsratswahlen beim Magistrat Berlin. Am Donnerstag, den 10. August, nachm. 4 Uhr, Stadthalle Klosterstraße, Wählerversammlung für den Betriebsrat der zentralen Magistratsverwaltungen. Zutritt haben alle Arbeitnehmer dieser Verwaltungsstellen, die auf Grund des BRG. wahlberechtigt sind.

Parteiveranstaltungen

Mittwoch, den 9. August.

9. Verwaltungsbezirk (Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald). Zahlabend 7½ Uhr, 1., 2., 3. Abteilung und Schmargendorf wie bisher. 4. Abteilung: Schloßbräu, Durlacher Str. 7, Ecke Tübinger Str.; Referat G. Scholz: Reichsmietengesetz. Die Zahlabende der 4. Abteilung finden von jetzt ab in diesem Lokal statt.

15. Verwaltungsbezirk, Abteilung Oberschöneweide. Zahlabend, Realgymnasium, Zeppelinstraße, 8 Uhr.

2. Distrikt, 2. Abteilung. Gemeinsamer Zahlabend bei Kurzrock, Zionskirchplatz 5.

15. Distrikt, 4. Abteilung. Gemeinschaftlicher Zahlabend im Restaurant Heinrich, Lange Str. 97/98, abends 7 Uhr. Vortrag des Genossen Lierdt: Das Reichsmietengesetz. Bezirksführer müssen einladen.

18. Distrikt, 2. Abteilung. Zahlabend, Alte Jakobstr. 23/24. Vortrag des Genossen Jahn. Das Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich.

20. Distrikt (Kreuzberg). Abends 7 Uhr gemeinsamer Zahlabend der 1. und 2. Abteilung bei Wagner, Kottbuser Str. 19. Vortrag des Genossen Ulmer. — 5. Abteilung bei Reinke, Grimmaer Str. 17. — 6. Abteilung bei Pepoli, Wiener Str. 55. Vortrag. — 3 und 8. Abteilung in der Schulaula, Marianennstr. 47. Vortrag des Genossen Köhler. — 9. Abteilung bei Zahn, Blücherstr. 59. — 12. Abteilung bei Halentyn, Görlitzer Str. 70.

Lichtenberg Stadt, 3. Viertel. Zahlabend bei Bolt, Neue Bahnhofstr. 1.

Lichtenberg Stadt, 4. Viertel. Gemeinsamer Zahlabend, Turnhalle, Sülzstraße 69, abends 7½ Uhr.

Marienfelde. Abends 8 Uhr gemeinsamer Zahlabend in der Königgrätzer Schulbaracken, Zeichensaal. Die Bezirksführer laden durch Handzettel ein.

Abteilung Treptow. Abends 7½ Uhr gemeinsamer Zahlabend für aus Bezirke beim Genossen Mundt, Ecke Kiefholz- und Boyenstraße. Tagesordnung: Die Einigungstage.

Bohnsdorf. Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula. Tagesordnung: Der kommende Parteitag und die Stellung der Genossen zur Einigungsfrage. Referent Genosse Tolsdorf.

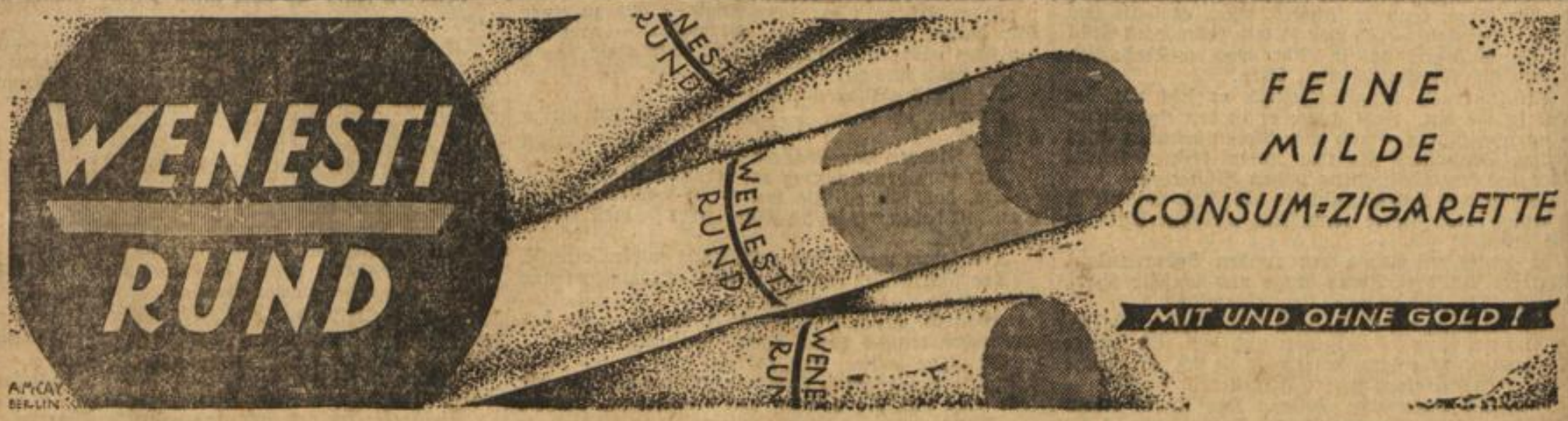
Donnerstag, den 10. August

Die Schiedsmänner und Stellvertreter im 3. Verwaltungsbezirk werden gebeten, sich abends 7 Uhr im Lokal von Kacerowski, Gerichtstr. 60, einzufinden.

Weißensee. Der letzte Ferienausflug findet für Knaben und Mädchen am Donnerstag statt. Ziel: Tegel, Fitzig, Baden, Waldspiele, Kaffeekochen. Tagesproviant und Trinkbecher ist mitzubringen. Unkosten pro Kind 3 Mark. Treffpunkt 8 Uhr früh, Prenzlauer Bahnhof. Teilnahme der Eltern erwünscht.

Vereinskalender

Mittwoch, den 9. August.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Branche der Geschäftskutscher, Lagerarbeiter usw. Abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Gruppe Altpapier, Versammlung. Tagesordnung: Bericht von der letzt stattgefundenen Lohnverhandlung.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: i. V.: Gustav Matusch, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gebrüg. Scherreis, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 14